

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 37 | SEPTEMBER 2019 | 2,--

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

„Die Republik ist ein schöner Palast,
doch sie steht auf einem dicken Morast
von Dummheit und Reaktion.“



**Am 29. September keine
Stimme den
bürgerlichen Parteien!**

**Hongkong: Für eine Arbeiterinnen- und
Arbeiterregierung in ganz China!**

**Editorial: Die
herrschende Klasse
wird autoritär**

Ob türkis, ob blau - mit der
parlamentarischen Demokratie
haben die bürgerlichen
Parteien nur noch wenig am
Hut.

Mehr auf Seite 2

**Zank um die
Identitären**

Während der Kuschelkoalition
war die Nähe zwischen FPÖ
und Identitären kein Thema.
Jetzt macht Basti auf Antifa –
oder was er dafür hält.

Mehr auf Seite 4

**Amazonien brennt,
die Agrokonzerne
freuen sich**

Die Brände im Regenwald am
Amazonas sind keine
Naturkatastrophe. Sie sind
Ergebnis der kapitalistischen
Profitgier.

Mehr auf Seite 20

GRUPPE
Für Rätemacht
und Revolution
KLASSENKAMPF

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

Regierungskrise in Österreich: Die herrschende Klasse mag es autoritär

Schön dass wir so einen netten Onkel als Bundespräsidenten in der Hofburg sitzen haben.

Alexander Van der Bellen (VdB) hat Österreich durch seine die schwerste politische Krise der 2. Republik, ausgelöst durch die offen zu Tage getretene Bereitschaft der FPÖ-Führung, sich selbst und das Land an die nächstbeste russische Oligarchin zu verkaufen, begleitet und er hat das nach fast einhelliger Meinung „hervorragend“ getan. Sein Kompass durch die ungestüme See der politischen Wirrungen war dabei die österreichische Bundesverfassung von Hans Kelsen aus 1920, in der Fassung von 1929, die er nicht müde wurde ob ihrer Eleganz und Sicherheit in allen politischen Wetterlagen zu rühmen. Und er empfahl dem Volke ruhig zu bleiben und der demokratischen Verfasstheit einer bürgerlichen Demokratie zu vertrauen.

Nach dieser Abwahl hat Sebastian Kurz, der bisher am kürzesten amtierende Kanzler der zweiten Republik, eilig ein Aufgebot von türkisen Anbetern medienwirksam heran karren lassen und geflügelte Worte gesprochen: „Das Parlament hat bestimmt, aber das Volk wird entscheiden!“

Tatsächlich hätte ja auch zu diesem Zeitpunkt ein Vertreter der FPÖ, die gerade mit dem Skandal-Video von Ibiza die Republik erschütterte, nämlich der erst im 3. Wahlgang in einem Fotofinish gescheiterte Kandidat der FPÖ zur Bundespräsidentenwahl Norbert Hofer, an dieser Stelle sein können. Der Mann, der das Volk mit fiesem Lächeln im Wahlkampf vorbereitete, dass man schon noch sehen werde, was alles geht.

Nun: kein Hofer in der Hofburg, eine Verfassung, die die oberste Verfassungsrichterin als Experten-Kanzlerin gebracht hat – alles in Ordnung, alles bestens?

Man sollte nicht vergessen, dass diese

so gepriesene Verfassung einem Mann wie Norbert Hofer, sehr viel Macht als Bundespräsident in die Hand gäbe.

Mit der Neufassung der Verfassung 1929 auf Druck der faschistischen Heimwehr wird der Bundespräsident, nach dem Muster der autoritären Trends der damaligen Zeit, gegenüber dem Parlament gestärkt. Das parlamentarische Regierungssystem erhält dadurch einen präsidentialen Einschlag. Der Bundespräsident wird nun vom Volk direkt auf einen Zeitraum von 6 Jahren gewählt und erhält wesentlich erweiterte Kompetenzen. Zugleich kommt es zu einer Stärkung der Exekutive auf Kosten der Legislative, der Mehrheit auf Kosten der Minderheit, des Bundes auf Kosten der Länder.

Man hat auch 1945 die Problematik erkannt und gesagt, man würde die Verfassung von 1929 wieder in Kraft setzen, aber im Geiste der Verfassung von 1920,

was immer das heißen sollte. Das „Volk“ wurde auch zu diesem Zeitpunkt darüber nicht befragt.

Tatsache ist, dass – wie im Mai/Juni 2019 gesehen – ein Bundespräsident, der bei einer einmaligen Wahl für 6 Jahre bestimmt wird, ziemlich frei bestimmen kann, wer Bundeskanzler_in wird und nicht einmal darauf Rücksicht nehmen muss, ob diese oder dieser eine stützende Mehrheit im Parlament besitzt.. Auch das hat uns VdB gezeigt, als er ohne Prüfung einer solchen Unterstützung das Kabinett Kurz II angelobt hat, das dann krachend abgewählt wurde. Dieses Mal ist das passiert und es gibt letztlich am 29. September Neuwahlen, aber es könn-

te auch anders ausgehen, wenn nur ein paar andere Protagonisten an der Macht wären.

Nach dieser Abwahl hat Sebastian Kurz, der bisher am kürzesten amtierende Kanzler der zweiten Republik, eilig ein Aufgebot von türkisen Anbetern medienwirksam heran karren lassen und geflügelte Worte gesprochen: „Das Parlament hat bestimmt, aber das Volk wird entscheiden!“

Diese Abwertung der bürgerlichen Demokratie, durch deren Vertreter und populistische Anführer, und das Hervorheben des Gegensatzes zwischen dem natürlichen Volkswillen und parlamentarischer Vertreter ist ein internationaler Trend, der immer mehr Länder in den Autoritarismus treibt. Der Rechtstheoretiker Carl Schmitt, Kronjurist des 3. Reiches und mit der Propagierung des Führer-Prinzips einer der intellektuellen Legitimierer des faschistischen Staates, ist nicht umsonst eine der Ikonen der „Neuen Rechten“.

Weltweit haben wir in den letzten Jahren die Tendenz feststellen müssen, dass die bürgerlichen Demokratien in eine Krise geraten sind, dass das kapitalistische System und seine bürgerliche Demokratie brüchig wurden.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie hat viele Namen. Donald Trump, Recep Tayyip Erdoğan, Jair Bolsonaro gehören dazu – doch die Liste ist weit länger. Und das Problem ist ein globales. Bei vielen Wahlen in Europa war von einem „Rechtsruck“ die Rede. Autokratische Potentaten, oft genug mehr oder minder erfolgreiche kapitalistische „Businessmen“, machen sich daran, rechtsstaatliche Ordnungen umzubauen.

In Europa sind es Orban und Salvini, die PIS in Polen und Sebastian Kurz in Österreich, die es bereits an die Macht geschafft haben.

Der Humus für diese Machthaber ist die parlamentarische Demokratie als bürgerliche Herrschaftsform, die in der Aufstiegsphase der Bourgeoisie deren

liebster politischer Kampfboden war. In dem Moment, wo die Bourgeoisie ihre Klassenmacht gefestigt und ausgebaut hat (durch die Schaffung eines ihr loyalen Polizei- und Militärapparates, einer Beamtenkaste, der ideologischen Kontrolle über Schulen und Universitäten, gesetzgeberische Maßnahmen, etc.) wird diese politische Herrschaftsform verzichtbar, wenn auch die Arbeiter_innenklasse versucht, egal in welcher Form, diese Tribüne zu nutzen. Sogar zahnlose und bürgerliche Politik betreibende sozialdemokratische Parteien werden dann zum lästigen Ballast. Wir reden gar nicht von den (hypothetischen) Vertreter_innen revolutionäre Arbeiterparteien, die das Parlament als Tribüne zur Propagierung der sozialistischen Revolution nützen würden.

Der bürgerliche Parlamentarismus wird mehr und mehr zur rissigen Hülle für politische Entscheidungen der herrschenden Klasse. Ihre Pseudodemokratie soll die unruhiger werdenden Massen kalmieren und die Illusion einer „Gleichheit Aller“ vor dem Gesetz aufrechterhalten, solange das notwendig ist.

Beispiel Griechenland: die Austeritätsregeln werden von demokratisch kaum legitimierten Gremien in Verträgen festgeschrieben und im Zweifelsfall sehr autoritär auch gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchgesetzt.

Lange Zeit war die Legitimation der bürgerliche Demokratie, dass sie im herrschenden Kapitalismus Kompromisse zwischen den divergierenden Interessengruppen und gesellschaftlichen Klassen finden kann. Dies kann bei einer glaubhaften Vertretung des Proletariats im Parlament schnell zu einer Gefährdung der herrschenden Klassen führen und erzeugt Gegenbewegungen, die am Ende auf autoritäre Lösungen zum Machterhalt der Kapitalisten und Ausbeuter hinauslaufen.

Die Strategie des politischen Arms des Kapitals, namentlich der Rechtspopulisten, die oben erwähnt wurden, um die Menschen für ihre Sache zu gewinnen ist in den letzten Jahren von folgenden Elementen geprägt gewesen:

• **Bevölkerungsaustausch:** diese Denkfigur schließt an klassischen Rassismus an, der bei der Diskreditierung von Nicht-Einheimischen, insbesondere bei der „Legitimierung“ von Gewalt gegen Menschen, eine starke Rolle spielt. Die Anti-

Migrations-Propaganda verbindet sich heute oft mit Verschwörungsdenken und Antisemitismus, indem Migration zum absichtsvollen Werk vermeintlicher „Mächte“ verzerrt wird, die „die Nation“ oder ein zum „Volk“ erhobenes, abgeschlossenes „Wir“, untergraben wollten.

• **Klimaskeptizismus:** er bezeichnet eine Denkungsart, in deren Kern die Behauptung steht, der Klimawandel sei gar nicht vom Menschen verursacht, sondern zum Beispiel auf natürliche Zyklen zurückzuführen. Bei dieser Art „Skepsis“ geht es aber nicht darum, gewonnene Erkenntnisse der Forschung zu hinterfragen oder zu überprüfen, sondern entweder um Propaganda im Interesse von Konzernen,

und religiös-fundamentalistischer Bewegungen. Diese führten keine inhaltliche Polemik gegen die pc, sondern unterstellten einerseits erlogene absurde „Zitate“ zur Untermauerung ihrer These, dass „kulturmarxistische“ Intellektuelle durch „Zensur“ die traditionellen „westlichen Werte“ zersetzen wollten.

Diese ideologischen Versatzstücke werden verwendet, um sich bei Wahlen legitimieren zu lassen. Indem Angst und Unsicherheit geschürt werden, die von den realen Ursachen des (materiellen und ethischen) Elends in der Klassengesellschaft ablenken, werden auch Wählerstimmen von Lohnabhängigen ergattert, um so das Geschäft der Kapita-

Für das Internet, die Plattformen und sozialen Medien, die Serverfarmen muss das gleiche gelten wie für alle anderen Produktionsmittel im Kapitalismus: Sie müssen den Händen der Kapitalist_innen entrissen, entschädigungslos vergesellschaftet und unter Arbeiter_innenkontrolle gestellt werden.

die sich gegen Maßnahmen zum Klimaschutz wehren. Nicht selten steckt auch eine ganz allgemeine Diskreditierung von „grünen ökologisch orientierten Politikzielen dahinter, die als angeblich nur ideologisch angetriebene Verbotsfantasien abgetan werden.

• **Antifeminismus:** Darin vermischen sich Aspekte des Sexismus und der Misygnie, also der Annahme einer Minderwertigkeit von Frauen, mit populistisch geförderten Reflexen gegen Gender Studies oder eine plurale Sexualerziehung. Der Kampf dagegen ist zu einem der wichtigsten Kampagneinstrumente von Reaktionären aller Schattierungen geworden.

• **Kampf gegen „Politische Korrektheit“:** In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelten liberale amerikanische Student_innen, vor allem an der UCLA (Universität von Kalifornien) eine Theorie der Sprachcodes. Minderheiten herabwürdigende oder diskriminierende Ausdrücke sollten vermieden werden. Mit der Ausweitung der poststrukturalistischen Identitätspolitik, die letzten Endes zu einer Aufsplitterung von Protesten und einem Hindernis für die Entwicklung sozialistischer Perspektiven wurde, geriet die geforderte „political correctness“ (pc) ins Fadenkreuz reaktionärer, rassistischer

listen fortzuführen. Dabei ist es nicht so, dass eine „autoritäre Revolution gegen die bestehenden Institutionen“ stattfindet. Nein, die Vorkämpfer eines neuen bürgerlichen autoritären Staates kommen durch Wahlen, sozusagen „demokratisch“, an die Macht, kaum durch Militärdiktaturen oder Ausnahmesituationen. Sie putschen nicht gegen Verfassungsnormen, sondern bedienen sich dieser und ändern sie dann zum Machterhalt – siehe Ungarn und Polen – gegebenenfalls ab.

Medienkontrolle durch das Kapital, über das Internet gesteuerte Wahlbeeinflussung und Relativierung von Wissen durch „alternative Wahrheiten“ runden das Bild der schönen neuen Welt der autoritären Kapitalfraktionen ab. Dabei sollte man nicht übersehen, dass manche Internet-Trolle einfach prekariisierte Arbeiter_innen sind, für die das Posten von Fake-News eine Einkommensquelle darstellt ist, weil man über solche Kanäle Werbeeinnahmen generiert.

Für das Internet, die Plattformen und sozialen Medien, die Serverfarmen muss das gleiche gelten wie für alle anderen Produktionsmittel im Kapitalismus: Sie müssen den Händen der Kapitalist_innen entrissen, entschädigungslos vergesellschaftet und unter Arbeiter_innenkon-

trolle gestellt werden.

Die Aushöhlung der parlamentarischen Macht durch „Entschließungsanträge“, das offene und höhnische Vorbeimogeln von reaktionären Gesetzen an Kontrollausschüssen, die brutale Ignorierung von (sogar zahmen) Einwänden der Gewerkschaft gegen Verschärfungen im Sozialrecht – all das zielt nicht nur auf eine rasche Durchsetzung bürgerlicher Interessen ab; zugleich sollen die lohnabhängige Bevölkerung und die Jugend sowie kleinbürgerliche Werktätige selbst von der Bedeutungslosigkeit der Schwindeldemokratie des Parlamentarismus „befreit“ werden.

Auch der gegenwärtige Rechtsruck wird oft durch Führerpersönlichkeiten verkörpert, die auf Basis demokratischer Legitimation durch Wahlen einen autoritären Umbau des Staates anstreben und sich dabei auf den Alleinvertretungsanspruch eines angeblichen „Volkswillens“ berufen. Nicht selten wird das mit sozial klingenden Parolen verbunden, deren Problem aber nicht nur die nationalistische, ethnozentristische oder rassistische Ausschlusslogik ist, sondern auch, dass hier die private Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums in Wahrheit unangetastet bleibt.

Als Marxist_innen verteidigen wir jedes Stückchen demokratischer Freiheit, das von den triumphierend grinsenden

politischen Geschäftsführern der Bourgeoisie (der Horten, Mateschitz, Pierer, Orter) angegriffen wird.

Wohlgemerkt: Es gilt, über Jahrzehnte von der Arbeiter_innenklasse errungene Rechte und Freiheiten zu verteidigen, weil sie uns den besten Kampfboden für die Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen bieten. Wir verteidigen nicht die politische Herrschaftsform der Bourgeoisie in Form der parlamentarischen oder repräsentativen „Demokratie“.

Wir kämpfen für die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Dazu bedarf es der Massenmobilisierung der arbeitenden Bevölkerung, organisiert in Räten (Komitees, Sowjets, oder wie auch immer in der Geschichte diese Strukturen in den verschiedenen Ländern hießen). Die Räte sind die tatsächlich basisdemokratische Form der Ausübung der proletarischen Macht in der Phase des Übergangs zum Sozialismus-Kommunismus. Die Delegierten werden direkt in den Betrieben, den Schulen und Universitäten, den Stadtteilen, in den Dörfern, ... gewählt, sind rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar; die lokalen Räte werden in einem zentralen Rat zusammengefasst und kontrollieren und leiten alles politischen Maßnahmen, die zur Organisation der neuen Gesellschaft auf der Basis des kol-

lektiven Eigentums notwendig sind, insbesondere auch die bewaffnete Verteidigung der neuen Ordnung gegen Versuche der gestürzten herrschenden Klasse, das Rad der Geschichte zurück zu drehen.

Da wir selbst nicht stark genug sind, eine revolutionäre Kandidatur zu präsentieren (deren Ziel es wäre, die Massen zum Kampf gegen die kapitalistische Ordnung aufzurufen), können wir der Politisierung in Zeiten bevorstehender Wahlen nur sehr allgemein Rechnung tragen.

Wahlen sind nur Gradmesser des politischen Bewusstseins der Arbeiter_innenklasse zu in einem gegebenen Augenblick. Daher ist unsere Aufforderung an alle Werktätigen, die am 29. September zur Wahl gehen werden:

Keine Stimme den bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Parteien! Keine Stimme für ÖVP, FPÖ, JETZT, NEOS, Grüne, Wandel!

Trotz aller Kritik, die wir an der Politik und den Programmen der kandidierenden Parteien, die aus der Arbeiter_innenbewegung hervorgegangen sind, rufen wir zu einer Klassenwahl auf. Das heißt, dass wir dazu aufrufen, je nach politischer Präferenz die bürgerliche Arbeiter_innenpartei SPÖ, die reformistisch-stalinistische KPÖ oder (in Oberösterreich) die zentristische SLP zu wählen.

Verbot der Identitären – ein „antifaschistischer“ Rauchvorhang

Die türkise ÖVP unter Sebastian Kurz versucht die „Massen“ bei der Stange zu halten. Einerseits wird versucht, mit Kopftuchverbot und Ausländerhetze die FPÖ-Stammklientel anzusprechen, andererseits wird versucht, mit einem geforderten Verbot der rechtsextremen Identitären Bewegung Österreichs (IBÖ) als vermeintliche Abgrenzung nach rechts ein Signal an liberale Wähler zu senden und gleichzeitig die FPÖ unter Druck zu setzen.

ÖVP-Klubobmann August Wöginger forderte Mitte August ein Verbot der IBÖ und machte dies gleich zu einer Koalitionsbedingung für eine Neuauflage einer Türkis-Blauen Regierungskoalition, wissend, dass die FPÖ sowohl ideologische als auch personelle Verbindungen zu den Identitären hat. Immerhin organisierten

die Identitären einen erfolgreichen Vorzugsstimmenwahlkampf für den in Ibiza gestrauchelten Ex-FPÖ Chef H. C. Strache. Und der „Große Austausch“, ein rechtsextremes Signalwort, verbindet gedanklich den Christchurch-Attentäter, den ideologischen Vordenker Martin Sellner (Chef der IBÖ) und das nunmehr

„einfache Parteimitglied“ H. C. Strache und dessen Partei.

Dass die IBÖ eine rechtsextreme Organisation in der Tradition des historischen Faschismus ist, wird von der Gruppe Klassenkampf, seitdem die IBÖ 2012 auf den Plan getreten ist, beschrieben und selbstverständlich ist diese faschistische Organisation mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Gerade einer in der Tradition des Austrofaschismus stehenden bürgerlichen Partei, wie der in den letzten Jahren offen nach rechts gedrifteten Kurz-ÖVP, das Mäntelchen des Antifaschismus

überstreifen zu wollen ist allerdings sehr fragwürdig. Über 17 Monate war diese Partei in einer Kuschelkoalition mit dem parlamentarischen Arm der IBÖ, der FPÖ, und hat alle Einzelfälle des Antisemitismus, der rassistischen Verhetzung etc. in Gestalt von Sebastian Kurz ohne feststellbaren Ekel herunter geschluckt. Ex-Innenminister Herbert Kickl, neuerdings in Ungnade gefallener Vollstrecker der türkis-blauen Anti-Ausländerpolitik, berichtet, dass Sebastian Kurz regelmäßig intern seine inhaltliche Zustimmung zu den Massnahmen der Hardcore-Blauen bekundet hat.

Was also bewegt die ÖVP jetzt zu dieser Verbotsforderung, abgesehen von der Wahltaktik?

Wenn man der Logik des bürgerlichen Rechtsstaates folgt, so ist diese Forderung tatsächlich als eine selbst in einer repräsentativen parlamentarischen Republik demokratiepolitisch heikle zu bezeichnen. Eine der Grundsäulen des als Fortschritt gefeierten Staatsgrundgesetzes (=Verfassung) von 1867 – und dies wurde im Grunde in den Folgeverfassungen bis heute fortgeschrieben – war die Vereinsfreiheit. Es lag im Interesse der damals aufstrebenden industriellen Bourgeoisie, Eingriffe durch den neoabsolutistischen kaiserlichen Staat möglichst zurückzudrängen, um selbst politische Freiräume erlangen zu können. Daher wurde die Vereinsfreiheit nur durch ganz wenige staatliche Kontrollen eingeschränkt, nämlich im wesentlichen dadurch, dass der Vereinszweck nicht gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoße.

Dieser liberal-rechtsstaatliche Grundsatz wird nun durch eine bürgerliche Partei in Frage gestellt.

In Österreich ist durch das Verbotsgesetz – ursprünglich bereits im Mai 1945 beschlossen und dann 1947 als Bundesverfassungsgesetz erneuert – die „Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn“ untersagt. Das Gesetz entstand unter dem Eindruck der Niederlage des Naziregimes und sollte unter anderem der antifaschistischen Rhetorik der imperialistischen Alliierten und der stalinistischen Sowjetunion entgegenkommen. Es war nie ein „antifaschistisches“ Gesetz, weil es sonst auch die Erben des Klerikalfaschismus, also wichtige Führer und Strömungen der ÖVP, getroffen hätte.

Eine „Ausweitung“ des Verbotsgeset-

zes würde, wie das ja auch die FPÖ schon wiederholt gefordert hat, auch gegen alle „totalitären“ Ideologien gerichtet sein. Die Absicht einer solchen Änderung ist klar: letzten Endes würde es sich gegen die Organisationen der Arbeiter_innenbewegung richten, die (und sei es auch nur abstrakt, wie bei Teilen der Sozialdemokratie) eine „andere Gesellschaft“ als die bürgerliche erstreiten wollen. Wenn man die dumpf-antisozialistischen Aussagen der türkisen Spitzenvertreter_innen hernimmt sieht man, wohin die Reise wirklich geht.

Wenn man beispielsweise nach Polen blickt, sieht man, dass die reaktionäre PIS im Jahr 2016 ein Anti-Kommunistengesetz im polnischen Parlament, nämlich einstimmig, durchgebracht hat indem sie die Initiative unter das Motto des Antitotalitarismus gestellt hat. Dieses Gesetz stellt Propaganda für den Kommunismus unter Strafe und es verbietet die Darstellung von Namen, die an den Kommunismus erinnern, somit werden Personen wie Rosa Luxemburg oder die Dabrowski-Brigade, die während des Spanischen Bürgerkriegs von 1936-39 gegen Francos Faschisten gekämpft hatte, mit den Verantwortlichen für die Verbrechen der stalinistischen Agenten und Bürokraten sowie mit Faschisten und Nazis in einen Topf geworfen.

Man hat seitens der PIS also einen Weg gewählt linksextreme und rechtsextreme Kräfte vom Katheder der bürgerlichen Demokratie gleichermaßen anzugreifen und sich somit die breite Zustimmung im Parlament geholt, um sich quasi als Schiedsrichter zu erheben und eine Rechtfertigung für Angriffe vor allem gegen die fortschrittlichsten Kräfte in der Gesellschaft in die Hand zu bekommen.

Leo Trotzki hat dieses Muster 1936 so beschrieben:

„Weil die bürgerliche Demokratie geschichtlich bankrott ist, ist sie nicht mehr imstande, sich auf dem eigenen Boden gegen die Feinde von rechts und links zu verteidigen. D.h.: Um sich zu »erhalten« muss sich das demokratische Regime durch Ausnahmegesetze und administrative Willkür immer mehr und mehr aufheben. Diese Selbstaufhebung der Demokratie im Kampf gegen rechts und links bringt eben den Verfallsbonapartismus zustande, der für seine unsichere Exis-

tenz ebenso der linken wie der rechten Gefahr bedarf, um sie gegeneinander auszuspielen und um sich immer höher über der Gesellschaft mit ihrem Parlamentarismus zu erheben.“

Zurückkommend auf die Situation in Österreich können wir diese Tendenz im Verhalten der neuen ÖVP erkennen, sozusagen der Ösi-Bonapartismus: hie die extremen Kräfte der Rechten, denen wir insgeheim ohnehin inhaltlich folgen, jetzt aber den Pappkameraden IBÖ verbieten wollen, dort der böse Feind des politisch extremen Islam, der ebenfalls verboten werden soll und sooft sich die Gelegenheit ergibt außerdem diffuse Angriffe auf konstruierte linksextreme Vereinigungen. Darüber soll sich der am besten mit autoritären Instrumenten ausgestattete und öffentlich gesegnete Heilsbringer Sebastian Kurz erheben.

Der Voralpen-Faschist Manfred Haimbuchner von der oberösterreichischen FPÖ hat das geplante Verbot der IBÖ als für die Demokratie „brandgefährlich“ bezeichnet und meint damit wohl den Einfall seines ehemaligen Koalitionspartners in den eigenen braunen Schrebergarten, in der Sache muss man ihm allerdings zustimmen. Die bürgerliche Demokratie befindet sich weltweit in einer politischen Krisensituation, in der sie zu alten Mitteln greift und gerne auch dafür als Blendgranate den „Antifaschismus“ (alternativ auch gerne die „Werteverteidigung“ gegen den Islam) aus dem Hut holt, um in Wirklichkeit autoritäre Strukturen in den einzelnen Staaten zu implementieren.

Trotzki schreibt 1932 (Der deutsche Bonapartismus): *„Der Verfall der kapitalistischen Gesellschaft stellt den Bonapartismus – neben dem Faschismus und in Zusammenhang mit diesem – auf die Tagesordnung.“*

Wir müssen dieser Entwicklung mit aller Kraft als Avantgarde der proletarischen Revolutionsbewegung entgegentreten, wie Leo Trotzki auch schon 1936 formulierte:

„Daher müssen wir gegen alle Maßnahmen abstimmen, die den kapitalistisch-bonapartistischen Staat verstärken, auch wenn es um eine Maßnahme geht, die momentan dem Faschismus eine vorübergehende Unannehmlichkeit bereiten kann.“

Gerangel um das Innenministerium: Kommt Kickl wieder zu Kurz?

Was nach Außen wirkt wie eine persönliche Abrechnung ist tatsächlich weit mehr: das Gerangel darum, wer Innenminister werden darf und wer nicht. Sebastian Kurz, Führer der nach ihm benannten türkisen Bewegung, sagt ein klares „Njet“ zu Kickl. Und, in weiterer Folge: „Kein FPÖler unter dieser Nummer!“. Kickl und Hofer sagen: „Das werden wir schon noch sehen!“. Und die SPÖ hat nichts besseres zu tun als den unsäglichen Rechtsverbinder Hans Peter Doskozil ins Spiel zu bringen.

Die türkis-blaue Regierung hat seit 2017 eines deutlich demonstriert: Das österreichische Bürgertum (egal, ob klein oder groß!) fühlt sich stark genug, diesen Staat umzubauen, und zwar weg von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, hin zu einem autoritären Apparat, der sich tunlichst jeder Kontrolle entziehen soll. Die Millionenspenden an die „Neue ÖVP“ haben sich für die heimische Industrie, unproduktive Reiche und politische Glücksritter genauso rentiert wie jene an die FPÖ.

Wie in den späten 20er und frühen 30er Jahren benützt die Reaktion das Parlament, um dieses von Innen auszuhöheln, es lächerlich zu machen, letzt-

zeittruppe zum „Personenschutz“ von FP-Politikern durch Herbert Kickl; und, und, und...

Wohin die Reise geht, machte Kurz klar, nachdem seine so unglaublich erfolgreiche Koalition, in der ja alles immer Wonne und Waschtrog war, zerfallen war. Zum Abschied aus dem Kanzleramt raunte er dräuend: „Heute hat das Parlament entschieden, aber am Ende entscheidet das Volk“ und weigerte sich, ein VP-Nationalratsmandat zu übernehmen. In allgemein verständliche Sprache übersetzt sagte der aufgeblasene Berufsfunktionär: „Das Parlamant ist mir wurscht; ich werde schon ein Volk finden, das macht, was ich will“. Und wan-

In allgemein verständliche Sprache übersetzt sagte der aufgeblasene Berufsfunktionär: „Das Parlamant ist mir wurscht; ich werde schon ein Volk finden, das macht, was ich will“.

lich zu entmachten. Gesetze, die mittels Initiativanträgen an den parlamentarischen Prüfinstanzen vorbei beschlossen wurden; die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen der Oppositionsparteien, die keine Antworten, sondern neu aufgelegte Wahlreden und Verhöhnungen waren; die Postenschiebereien rund um die Kurz-Vertraute Köstinger, die ohne parlamentarische Erfahrung für 5 Wochen zur Nationalratspräsidentin (!) gemacht wurde; die Einsetzung von Generalsekretären in Ministerien – Parallelminister, die sich jeder Kontrolle entzogen; die Aufstellung einer Privatpo-

lizei truppe zum „Personenschutz“ von FP-Politikern durch Herbert Kickl; und, und, und...

Offener ist da schon immer die FPÖ gewesen, die klar heraus gesagt hat, dass sie an die Macht will um mit allem aufzuräumen, was ihrem immer offensichtlicher faschistoiden Weltbild zuwider ist. Tatsächlich war das der Fels, auf dem der Heilige Sebastian seinen Staat bauen wollte. Die Achse eines reaktionär-deutschnationalen mit einem reaktionär-christlichen Bürgertum, dem die Mitsprache des Pöbels zutiefst gegen

den Strich geht.

Natürlich ist das Innenministerium, ebenso wie das Bürgerkriegs- pardon: Verteidigungsministerium bei jeder autoritären Wende eine Schlüsselbastion. Wer diese Ministerien kontrolliert hat einen unerhörten Vorteil, auch seinen Konkurrenten im bürgerlichen Lager gegenüber.

Kurz pocht auf sowas wie eine türkise Erbpacht auf das Innenministerium. Erleichtert aufzuatmen, wie das manche liberale Journalisten tun, die meinen, damit würde eh das schlimmste (nämlich Kickl) vereitelt, ist dumm und geht an der Realität vorbei. Hier geht es nicht einfach um Posten für CVler oder Burschenschafter. Hier geht es um strategische Differenzen, wie schnell, offen und rücksichtslos der Weg in die „3. Republik“ führen soll.

Als Revolutionäre warnen wir seit Jahren vor allen Illusionen in das Parlament. Als Marxisten wissen wir, dass der scheinbar demokratischste bürgerliche Staat immer ein bürgerlicher Klassenstaat war und ist, der letzten Endes immer ein Bollwerk der herrschenden Klasse gegen die Lohnabhängigen, die sozial Schwachen, die Jugend in Ausbildung bleiben wird.

Trotzdem ist uns die konkrete Form, die dieser bürgerliche Staat annimmt, keineswegs egal. Wir agieren lieber so ungehindert als möglich, soweit das im Kapitalismus eben möglich ist; wir lehnen daher jede Stärkung der Repressionsorgane des bürgerlichen Staates ab; wir wollen weiterhin Wahlzeiten nützen können, um unser revolutionäres Programm unter Arbeiter_innen, Angestellten, der Jugend ... zu verbreiten.

Die Verteidigung dieser Errungenschaften (denn viele jener Freiheiten, auf die der repräsentativ-demokratische bürgerliche Staat beruht, wurden von unseren proletarischen Vorfahren blutig der herrschenden Klasse abgerungen) bedeutet nicht, dass wir im Parlament

das „Ende der Geschichte“ sehen.

Wir sind Verfechter einer viel höheren, tatsächlichen Demokratie: Der Arbeitermacht, ausgeübt durch Räteorgane, direkt gewählt von den Arbeiter_innen in den Betrieben, jederzeit ihren Wähler_innen rechenschaftspflichtig und auch abwählbar; ohne horrenden Bezüge und Privilegien für die gewählten Vertreter_innen der Arbeiter_innklasse, sondern mit einer Entlohnung für diese

Tätigkeit, die nicht höher sein darf als der Durchschnittslohn eines qualifizierten Facharbeiters..

Wir müssen die nächsten Wochen bis zu den Wahlen im September nutzen, um so viele Lohnabhängige wie möglich vor den Plänen der Bourgeoisie zu warnen. Nach wie vor liegt es in den Händen der arbeitenden Bevölkerung, die autoritäre Offensive zu stoppen. Das kann aber nur gelingen, wenn sich die Massenorganisa-

tionen der Arbeiter_innenbewegung – SPÖ und ÖGB – dazu aufrufen, ihre Basis gegen die Bürgerblockparteien zu mobilisieren. Wir können uns aber nicht darauf verlassen, dass eine Bürokratie, die über Jahrzehnte engstens mit den Interessen der herrschenden Klasse verbunden war, plötzlich aktiv wird. Dazu muss auch Druck von unten kommen.

Geschichte der Arbeiterbewegung: „Die Republik ist ein schöner Palast ...“

Das Zitat auf unserer Titelseite „Die Republik ist ein schöner Palast, doch sie steht auf einem dicken Morast aus Dummheit und Reaktion“ stammt aus dem Auftrittslied der Agitpropgruppe „Rotes Sprachrohr“ aus dem Jahr 1929. Agitpropgruppen bestanden aus (meist arbeitslosen) Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands KPD und machten durch Sketches, Straßentheater und politische Revuen Agitation und Propaganda für die Partei (daher die Abkürzung).

Seit die Nazis 1928 versuchten, Berlin zu erobern und dabei auf erbitterten Widerstand in den Arbeiter_innenvierteln, vor allem Wedding und Neukölln, stießen, versuchten der sozialdemokratische Innenminister von Preußen und sein ebenfalls sozialdemokratischer Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, durch das Verbot von „Aufzügen auf offener Straße“ der kritischen Lage Herr zu werden. Dass sich dieses Demonstrationsverbot primär gegen die stärkste Arbeiter_innenpartei in Berlin, die KPD, richtete, erbitterte das Proletariat zu recht.

Als am 1. Mai 1929 die Maidemonstrationen der KPD verboten wurden, gingen trotzdem im Wedding und in Neukölln tausende Arbeiter_innen auf die Straße. Bereits in den Morgenstunden des 1. Mai eskalierte die faschistisch unterwanderte Polizei mit Knüttelattacken in den Arbeiter_innebezirken und demonstrativem Auffahren von Panzerwägen die Situation. Die Erschießung eines SPD-Arbeiters durch die Schutzpolizei sorgte für eine unerhörte Erbitterung; um sich zu schützen, errichteten die Arbeiter_innen in ihren Vierteln Barrikaden. Die Polizei rückte wie in den besetzten belgischen Städten während des 1. Weltkriegs vor. Willkürlich wurde auf Passanten geschossen, besonders unter Feuer genommen wurden rot beflaggte Fenster. Am 2. Mai gingen die Auseinandersetzungen weiter. Wie in den Jännertagen 1919 machte sich die SPD-Führung zur Propagandistin der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins. Erst am 6. Mai konnte Zörgiebel stolz melden, dass in Berlin wieder „Ruhe“ herrsche. Die genauen Opferzahlen sind unklar -

32 oder 38 Arbeiter_innen wurden von der Polizei ermordet, an die 200 verletzt. Der Rote Frontkämpferbund, die Wehrformation der KPD, wurde ebenso verboten wie die Parteizeitung „Rote Fahne“.

Der „Berliner Blutmai“ ermöglichte es der KPD-Führung, die bereits voll auf stalinistischen Kurs war, ihre falsche und spalterische „Sozialfaschismustheorie“ massiv zu propagieren.

Im Gefolge des Blutmai schrieb der kommunistische Dichter Erich Weinert das Kampflied „Der Rote Wedding“, dessen Originalversion wir unser Zitat entnommen haben. Im Agitprop-Song wird der Weimarer Republik, dem „schönen Palast“, eine andere Vision entgegengestellt: „die deutsche Sowjetrepublik“.

Die heute bekannte, von Ernst Busch gesungene, Textversion stammt aus DDR-Zeiten und ersetzt den revolutionären Gehalt des Liedes durch einen „sozialistisch“ getünchten Deutschland-Patriotismus.

Kontakt: gruppe.klassenkampf@gmail.com

Die Gruppe Klassenkampf im Internet: www.klassenkampf.net

Landtagswahl Bremen 2019:

Linker Kotau vor grüner Bürgerlichkeit

Die gleichzeitig durchgeführten Landtags- und Bürgerschaftswahlen im 2-Städte-Bundesland Bremen kennt in der Stadt Bremen vier Sieger: die CDU mit 27,23% und - die neue Regierungskoalition aus den Wahlverlierern SPD (24,92%), Bündnis'90/Die Grünen (17,56%) und Die Linke (11,78%). Bei einer Gesamtwahlbeteiligung in der Stadt Bremen von 66,45% (394.110 Wahlberechtigte, davon 261.869 gültige abgegebene Stimmen) wurde schon in den ersten Tagen nach der Wahl klar, dass der Wahlsieger CDU nicht, wie ungeschriebene Regeln der bürgerlichen Demokratie es bisher nahelegten, die Koalitionsgespräche zu führen beginnt.

Wir beschränken uns hier auf die Stadt Bremen, weil die Ergebnisse in der zweiten Stadt des Bundeslandes Bremen, in Bremerhaven, nur unwesentlich anders ausgefallen sind und auf Landesebene umgerechnet nur eine unwesentliche Änderung bei den Prozentzahlen herbeiführen. Bei Interesse: .

Der SPD-Spitzenkandidat und bisherige Bürgermeister Bremens, Carsten Sieling, noch am Vorabend der Wahl mit 41% Zufriedenheitszuspruch unangefochten an der Sympathiespitze (Infra-test-Umfrage vom 26.05.2019) wollte tagelang nicht die krachende Niederlage der SPD von fast 8 Prozent Verlust eingestehen und weiter Bürgermeister bleiben. Mit ihm ging die SPD in die Koalitionsgespräche. Nach deren Abschluss durfte er dann seinem Nachfolger Andreas Bovenschulte, gerade erst selbst zum neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt, weichen.

Ein Blick in die Wahlergebnisse in den Wahlbezirken der Stadt zeigt, dass die SPD in den traditionellen, noch nicht genderisierten Arbeiterstadtteilen die Mehrheit klar behielt. Weder Grüne noch Die Linke konnten hier wesentliche Stimmenzuwächse verzeichnen. Auch der Erfolg der AfD (6,1%) kann als Umgruppierung am rechten Rand verstanden werden: von der BiW (Bürger in Wut, nur noch 2,4%) zur AfD. Wichtig ist der große Anteil der Nichtwähler, in der sich die große Verdrossenheit vieler Menschen mit der herrschenden Politik ausdrückt.

Die Koalitionsverhandlungen wurden zügig geführt von den „heimlichen“ Wahlgewinnern, den Grünen. Der Koalitionsvertrag kam schnell zustande und überrascht vor allem durch die fehlende finanzielle Ausgestaltung der einzelnen angekündigten Maßnahmen. Dem „Wahlvolk“ wurde in bester Herrenmentalitätsmanier mit Absichtserklärungen für seine Kreuzchen-Beteiligung gedankt.

Die Führung der Linkspartei in Bremen hat sich schon zu diesem Zeitpunkt in vauseilendem Gehorsam der kapitalistischen Haushaltsdisziplin, eisern in den vergangenen Jahren von der grünen Finanzsenatorin durchgesetzt, unterworfen (...).

Die eigentlichen Koalitionsverhandlungen werden im Herbst geführt. Dann muss der Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 aufgestellt werden. Auch dieser Haushalt unterliegt der in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse. Die Zustimmung zu ihr stellte für die Grünen in den Koalitionsgesprächen mit der Linkspartei ein K.O.-Kriterium dar. Sie führt dazu, dass alle im Vertrag enthaltenen Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt gestellt sind. Die Führung der Linkspartei in Bremen hat sich schon zu diesem Zeitpunkt in vauseilendem Gehorsam der kapitalistischen Haushaltsdisziplin, eisern in den vergangenen Jahren von der grünen Finanzsenatorin durchgesetzt, unterworfen, nur um selbst als „Arzt am

Krankenbett des Kapitalismus“ (Lenin) teilhaben zu können. Die Integration in das kapitalistische Wirtschafts- und Machtgefüge geht jedoch noch weiter. Als Wirtschaftssenatorin wurde die Spitzenkandidatin der Linkspartei, Kristina Vogt, gewählt. Das war ihr Herzenswunsch. Natürlich nicht der des Bremer Kapitals. Aber nach dem Motto „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt!“ erhält sie postwendend den Ritterschlag der Bremischen Unternehmensverbände.

„Ich habe keinen Zweifel, dass wir gut zusammenarbeiten werden... Ich schätze sie als Person uneingeschränkt. Die künftige Wirtschaftssenatorin ist pragmatisch und kann zuhören.“

So Cornelius Neumann-Redlin im Weser-Kurier vom 09.08.2019. Auch die Vorsitzende des Verbands deutscher

Unternehmerinnen Bremen-Weser-Ems, Birgit van Aken, gibt Entwarnung:

„Ich habe gemeinsam mit Bremer Unternehmerinnen Frau Vogt als eine sehr pragmatische und authentische Politikerin kennengelernt, die die Anliegen der Wirtschaft hört und versteht... Wir vertrauen daher darauf, dass die aktuelle Regierung im Sinne der Bürger und Unternehmen für einen wirtschaftsfreundlichen Rahmen sorgen wird.“ (Ebda.;)

Das Kapital braucht sich in Bremen also keine Sorgen zu machen. Auch die innerparteiliche Opposition der Linkspartei, vor allem repräsentiert von der Strömung „Antikapitalistische Linke (AKL)“, zu deren führenden Mitgliedern

Ex-Stalinisten aus DKP und deren Studentenverband, MSB Spartakus, sowie aus der sich auf das politische Erbe Trotskis und der IV. Internationalen berufenden SAV gehören, bleibt handzahm. Sie führte keinen in der Öffentlichkeit sichtbaren Kampf gegen eine Blassrosa-blassgrün-rosa-Koalition. Sie führte keinen Kampf für eine Regierung ohne bürgerliche Parteien, zu denen gehören: Bündnis'90/Die Grünen (sie seien an erster Stelle genannt), CDU, FDP, AfD u.a.. Sie hat keinen öffentlich sichtbaren Kampf für ihre Forderungen geführt, die sie dann auf dem Sonderlandesparteitag am 04. Juli 2019 der Linkspartei Bremen zur Abstimmung stellte. Vielmehr vertraute sie ihm die Entscheidung über ihre politischen Forderungen an, ohne genau zu sagen, was sie selbst mit dem Forderungskatalog tun will im Falle einer Ablehnung. Der zu erwartende Ausgang (Ablehnung) trat dann auch ein. Mit 71% stimmte die Mehrheit dem Koalitionsvertrag zu. Die AKL machte sich in ihrem Antrag die vom letzten Parteitag einstimmig (!) abgestimmten Forderungen der „linksjugend [‘solid]“ zu eigen:

• *Ablehnung der Schuldenbremse und ihre Streichung aus der Bremischen Verfassung;*

• *Schluss mit den Abschiebungen von Flüchtlingen (im Vertrag: „Aufenthaltsbeendigung“);*

• *Keine Rüstungsexporte über Bremer Territorium;*

• *Erhöhung der Investitionsmittel für Krankenhäuser;*

• *Kostenloser ÖPNV als ein Mittel gegen den Klimawandel;*

• *Legalisierung der Besetzung von leer stehenden Häusern; Verbot von Zwangs-räumungen;*

• *Abschaffung der Sanktionen im HARTZ-IV-System (ist Beschlusslage der Landespartei);*

• *Oberste Priorität für die Armutsbekämpfung im Bundesland Bremen.*

All das sollte erreicht werden durch Tolerierung einer „Rot-Grüne(n) Minderheitsregierung“:

„Um einen rechten Senat zu verhindern, sind wir bereit, eine Rot-Grüne Minderheitsregierung ins Amt zu wählen, und würden allen Senatsinitiativen zustimmen, die fortschrittlich für die lohnabhängige oder lohnerwerbslose Bevölkerung wären, ohne aber einen Tolerierungsvertrag zu unterzeichnen. Gleichzeitig würden wir parlamentarisch und außerparlamentarisch den Kampf gegen jede Verschlechterung und für die von uns, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aufgestellten Forderungen zur Verbesserung der Situation für die Masse der Bevölkerung aufnehmen.“ (Antragstext für den Parteitag am 04.07.2019)

Mit dem außerparlamentarischen Kampf geht es nun los. Die Mietenfrage wird auch in Bremen zu einem Politikum ersten Ranges. Initiativen haben sich gegründet, der DGB ist dabei. Erste Versammlungen finden schon im September 2019 statt.

Deutschland im Herbst 2019: Die GroKo in der Todeszone

Es herrscht Ruhe im Land. Angespannte Ruhe. Eine Ruhe, die derzeit nur unterbrochen wird von Umwelt- und Zukunft-Besorgten („Fridays for Future“) und der neuen Menschenrechts- und Demokratiebewegung „#unteilbar“. Belebend wirken könnten da die kommenden Landtagswahlen am 01. September 2019 in Brandenburg und Sachsen sowie am 27. Oktober 2019 in Thüringen. Man könnte sagen: „Business as usual.“ Dem ist längst nicht mehr so.

Spätestens seit der Causa Maaßen (jetzt AfD-Wahlpromoter in Ostdeutschland) und dem Rücktritt von Andrea Nahles von SPD-Partei- und SPD-Bundestagsfraktionsvorsitz, den Zitteranfällen der CDU-Kanzlerin Angela Merkel bei öffentlichen Auftritten, der CDU-Führungskrise (Annegret Kramp-Karrenbauer [AKK]) gilt längst nicht allen als ausgemachte Nachfolgerin Merkels als Kanzlerin ist die Bundesregierung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD nur noch eine Regierung auf Abruf. Hartnäckig halten sich die Spekulationen dar-

über, dass Merkel nach der Halbzeitbilanz der GroKo Mitte Oktober das endgültige Ende ihrer Kanzlerschaft einläuten wird. Am 22./23. November 2019 wird der CDU-Bundesparteitag in Leipzig so Einiges zu entscheiden haben.

Doch nicht nur die Hauptpartei der deutschen Bourgeoisie, CDU, steckt in einer Führungs- und politischen Krise (Flügelbildungen; keine klare Abgrenzung zur AfD von allen Landesverbänden und Parteigruppierungen (Wirtschaftsrat, Mittelstandsvereinigung, Frauenvereinigung, Junge Union, RCDS), sondern

auch der 1. Juniorpartner SPD. Der 2. Juniorpartner, CSU, konnte seine Probleme mittlerweile politisch und personell soweit klären, dass bei ihm wieder „klar Schiff“ herrscht. Markus Söder ist der Garant des Übergangs in dieser Partei, sowohl in Bayern als auch im Verbund mit der CDU.

Der SPD hat es nicht geholfen, dass gerade in der ersten Halbzeit viele Regierungsvorhaben mit „sozialdemokratischer Handschrift“ verwirklicht wurden. Ihr Ver- und Zerfall ist nahezu unbremst weiter gegangen. Bei ihr ging es Schlag auf Schlag. Erst das für die SPD-Führungsriege unrühmliche Ende der Vorsitzenden Andrea Nahles, nach dem gerade ebenso unrühmlichen Ende des vorherigen SPD-Vorsitzenden. Wie der nochmal hieß? Richtig! Martin Schulz. Dann das politisch unausgegorene Pro-

jekt „Sozialstaat 2025“, dass viele klassisch sozialdemokratische Inhalte enthielt. Doch angesichts der GroKo-Realität verschwand es gleich nach Verkündigung schon wieder in der Versenkung. Für die Arbeit in der GroKospiele er ja keine Rolle. Somit verpufften Pläne, die sogar DIE LINKE teilweise „links“ überholt hätten. Abschaffung von HARTZ IV gehörte dazu, Erhöhung des Mindeststundenlohnes auf über 12 Euro, Verlängerung des ALG I. Und, und, und ... Alles nun schon wieder „Schnee von gestern“.

Seit dem Nahles-Rücktritt versucht nun die kommissarische SPD-Parteifüh-

low sprach sich fast niemand aus. Mit Scholz/Geywitz kandidieren GroKo-Befürworter. Die übrigen müssen unter sich letztlich entscheiden, wer gegen diese beiden antritt. Bei den übrigen handelt es sich ausnahmslos um GroKo-Gegner. Sie müssen nun lernen, mit einer Stimme zu sprechen. Als Nachschlag kam nun heute noch eine weitere Kandidatur hinzu, die von der Umfrage nicht mehr erfasst werden konnte: Walter-Borjans und Saskia Esken.

Sie alle müssen nun um die Unterstützung von mindestens einem SPD-Landesverband oder 5 Kreisverbänden kämpfen. Am 4. September 2019 beginnt

ßen, das dann bis zum Jahresende gesetzlich festgeschrieben werden soll.

„Fridays for Future“ und viele Umweltverbände haben zu einer bundesweiten zentralen Demonstration an diesem Tag nach Berlin aufgerufen.

Der Monat Oktober wird vor allem davon bestimmt sein, dass die GroKo ihre Halbzeitbilanz erarbeitet und Mitte des Monats der Öffentlichkeit präsentiert. Also kurz nach dem Ende der SPD-Kandidatenvorauswahl. Die GroKo-Parteien werden sicherlich ihre jeweiligen Anteile an den „Erfolgen“ ihrer bisherigen Arbeit herauszustellen wissen. Die bisherige Arbeitsergebnisse lassen da zu wünschen übrig. Laut SZ-Koalitionstracker (Website) wurden von den 140 Versprechen 39 noch nicht begonnen, 55 sind in Arbeit, 10 sind teilweise umgesetzt, 33 sind umgesetzt, 3 sind gescheitert. Mal sehen, wer sich was ans Revers heften wird.

Am Samstag, 26. Oktober 2019, gibt die SPD das Ergebnis des Mitgliederentscheids über die Wahl der neuen Parteivorsitzenden bekannt. Nur einen (!) Tag später sind dann Landtagswahlen in Thüringen, das derzeit aus einer Koalition von DIE LINKE, Bündnis'90/Die Grünen und SPD regiert wird. In den Monaten November (CDU: 22./23.) und Dezember (SPD: 6.-8.) kommen dann die Bundesparteitage zusammen, um über die Zukunft der GroKo, der Kanzlerin und ihrer Parteien zu entscheiden.

Danach werden die Wunden geleckert und der inoffizielle, oder vielleicht sogar schon der offizielle, Wahlkampf eröffnet.

Und Kevin Kühnert, der JUSO-Vorsitzende und ausgewiesene GroKo-Gegner, werden nun viele fragen? Er hat heute, 28.08.2019, in einem Video erklärt, dass er nicht kandidieren werde. Er wolle keinen „Arenastierkampf“. Er befürchtete einen „medial aufgeheizten Wettkampf zwischen zwei oder drei Alphatierchen“ statt einer Auseinandersetzung über die Kursfrage der Partei. (SZ, 28.08.2019) Wie bekannt, hat sich Kühnert für eine Neubestimmung auf die sozialistische Idee ausgesprochen. Danach wird er wohl beurteilen, welches Kandidatenduo er als neue Parteivorsitzende empfehlen wird. Eine Empfehlung werde noch kommen.

Der SPD hat es nicht geholfen, dass gerade in der ersten Halbzeit viele Regierungsvorhaben mit „sozialdemokratischer Handschrift“ verwirklicht wurden. Ihr Ver- und Zerfall ist nahezu ungebremsst weiter gegangen.

rung, das Triumvirat Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommern), Malu Dreyer (Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz) und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD Hessen), die – personelle Führungskrise der SPD zu lösen. Bis zum 1. September 2019 haben Interessierte Zeit, sich zur Kandidatur anzumelden. Stand heute, 28.08.2019, 19 Uhr, haben nun wohl alle ihren Hut in den Ring geworfen oder explizit erklärt, warum sie nicht kandidieren wollen. Nachdem sich zunächst vor allem GroKo-Gegner gemeldet hatten, schlug Finanzminister Olaf Scholz im Verbund mit Klara Geywitz (SPD-Landtagsabgeordnete Brandenburg) den ersten aussichtsreichen Pflock ein. Laut einer Forsa-Umfrage unter über 1.000 SPD-Mitgliedern haben sich 26% für Scholz/Geywitz ausgesprochen (Website: Handelsblatt, 26.08.2019). Danach folgen Karl Lauterbach/Nina Scheer (14%, Gesine Schwan/Ralf Stegner (13%) und Boris Pistorius/Petra Köpping (12%). Mit Abstand von 5% bilden Simone Lange/Alexander Ahrens und Michael Roth/Christina Kampmann mit jeweils 7% am Ende der Bewerberliste. Für die drei Einzelkandidaten Brunner, Maier und Wal-

in Saarbrücken die erste von 23 Regionalkonferenzen. Die letzte findet am 12. Oktober 2019 in München statt. Im Vorfeld konnten die SPD-Mitglieder online aus 46 Fragen die festlegen, die auf den Regionalkonferenzen gestellt werden sollen. Das Ergebnis ist sehr interessant:

Platz 1: „Was ist Deine/Eure Antwort auf die Klimakrise?“

Platz 2: „Wie stoppen wir die weitere Spaltung unserer Gesellschaft angesichts einer weiter steigenden Vermögenskonzentration in den Händen einiger Weniger?“

Platz 3: „Wie kann die SPD ein eigenständiges Profil gewinnen?“

Platz 4: „Was gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht dem Markt und Renditeinteressen von Konzernen überlassen werden?“

Platz 5: „Für wen wollen wir als SPD künftig Politik machen?“ (www.vorwaerts.com)

Die Frage 1 können die SPD-Mitglieder schon am Freitag, den 20. September 2019, in Berlin mit beeinflussen. An diesem Tag trifft sich das „Klimakabinett“ zu seiner wichtigsten Sitzung. Die Koalition soll ein Maßnahmenpaket beschlie-

Vor 105 Jahren stimmte die SPD, die stärkste und einflussreichste Partei der II. Internationale, im Reichstag zu Berlin für die Kriegskredite der kaiserlichen Regierung. Das war mehr als ein parlamentarischer Fehltritt – das war der Verrat an allen Prinzipien der sozialistischen Bewegung. Der folgende Text stammt mit großer Wahrscheinlichkeit von Rosa Luxemburg und ist auch so in den „Werken“ abgedruckt.

ROSA LUXEMBURG: Keine Überraschung

Als der deutsche Reichstag am 4. August zu der denkwürdigen Sitzung zusammentrat, in der er dem beginnenden Kriege seinen Segen als Volksvertretung erteilen sollte, war der Krieg selbst wie eine schwarze Gewitterwolke mit unheimlicher Plötzlichkeit vor der atemlosen Welt erstanden. Merkwürdig genug! Auch die Sozialdemokratie, die doch das Kommen des Weltkrieges mit der festen Sicherheit eines Naturforschers voraussagte, die ihn aus ehernen Gesetzen der modernen Entwicklung der Gesellschaft als logische Folgeerscheinung ableitete, auch sie erschrak und blieb atemlos stehen, als ihr eigenes Wort zum Fleisch ward und in seiner ganzen Furchtbarkeit vor ihr stand. Freilich, vor dem Richterstuhl der Geschichte ist es noch keiner ernstesten politischen Macht als Entschuldigung angerechnet worden, daß sie sich von dem Sturm der Ereignisse hat überraschen lassen. Die wissenschaftliche Erkenntnis, die untrüglichen wegweisenden Grundsätze, auf die wir als Marx' und Engels' Jünger bislang so stolz waren, sind uns eben dazu gegeben, damit wir nicht von blindwaltenden Kräften der Geschichte wie schwankes Rohr hin und her gepeitscht werden, damit uns nicht, wie den biblischen Jungfrauen, das Öl auf dem Lämpchen just in dem Augenblick ausgeht, wo der Bräutigam an die Tür pocht.

Blättert man unsere Parteipresse der letzten Juliwoche durch, die dem Ausbruch des Krieges vorausging, so kann man sich eines merkwürdigen Gefühls nicht erwehren: So fremd, so fern, so unwahrscheinlich kommt einem jene Sprache vor, in der damals vom Kriege gesprochen wurde. Wohl keine Partei in der Geschichte hat je einen so schroffen Umschwung der Meinungen, des Tones, der politischen Geschmacksrichtungen durchgemacht wie die deutsche Sozialdemokratie, wie er sich in ihrer Presse vor und nach dem 4. August spiegelt. Die Plötzlichkeit, die Überraschung springen hier in die Augen.

Jetzt haben wir vier Monate Weltkrieg hinter uns, und am 2. Dezember tritt die Volksvertretung unter wesentlich anderen Voraussetzungen zusammen, um zum zweiten Mal ihrerseits zum Kriege Stellung zu nehmen. Gar vieles ist im Laufe dieser sechzehn Wochen zutage getreten, wovon man beim ersten Ausbruch des Völkerringens keine greifbare Vorstellung hatte. Was ein Weltkrieg mit den heutigen Millionenheeren und den heutigen technischen Mitteln in seiner ganzen blutigen Leibhaftigkeit bedeutet, das vermochte keine theoretische Voraussicht und keine Phantasie auszumalen. Wie furchtbar jeder Krieg an sich sein mag, wie entsetzlich die Greuel und die Verwüstungen der letzten Balkankriege waren – das, gegenwärtige gigantische Völkerringen mit seinen zyklischen Zerstörungsmaßnahmen, seinen todspeienden Luftschiffen und Flugzeugen, seinen Schlachten in drei Naturelementen und fünf Weltteilen, seinen unübersehbaren Trümmerfeldern an Kultur und Menschenglück, dies Bild der Hölle auf Erden, dieser gewaltige Ausbruch der Anarchie einer Ge-

sellschaftsform, die ihre Geschicke nicht zu meistern versteht, hat alles bis dahin Gewesene in den Schatten gestellt.

Auch die inneren Verhältnisse dieses Krieges sind mittlerweile in deutlichen, klaren Zügen sichtbar geworden, wenn sich auch seine Lösungen als wandelbar erwiesen. Zu Beginn war es der Kampf gegen die zaristische Despotie, was die Volksvertretung hauptsächlich begeisterte. Seitdem hat sich die Achse der politischen Orientierung vom Osten nach dem Westen verschoben, wo nunmehr England als der Erbfeind dem Hasse des Deutschen empfohlen wird. Das Wort vom Burgfrieden, der keine Klassen und Parteien kennt hat seitdem in der Praxis des Alltags die Probe bestehen müssen. Der Belagerungszustand und die von ihm diktierte Pressezensur sowie die völlige Zurückhaltung des öffentlichen politischen Lebens haben eine viermonatige Dauer aufzuweisen und können als eine Schule betrachtet werden, in der das politische Urteil zu reifen Gelegenheit hatte. Die Wirkungen dieser Zeitspanne auf die geistige Verfassung sowohl der bürgerlichen Parteien und namentlich der bürgerlichen Intelligenz wie auch der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse können mit aller Bestimmtheit bereits wahrgenommen werden. Nicht minder deutlich und klar ist allmählich die Wirkung des Krieges speziell auf die proletarische Internationale zutage getreten. Aus den Vorgängen der jüngsten Zeit aber ist insbesondere der neue, zu Beginn des Krieges ganz unvorhergesehene Umstand ins Auge zu fassen: der Eintritt der Türkei in das allgemeine Ringen. Nachdem auch dieser alte Wetterwinkel internationaler Stürme, der nach drei Weltteilen Blitze und Erdbeben ausstrahlt, mit in die Katastrophe hineingerissen worden, muß es jedermann klar sein, daß es heute nicht mehr um Haus und Hof, um das Dach über dem eigenen Haupte und die traute nationale Heimat geht, sondern daß wir mitten in einer neuen Weltordnung und Weltverteilung stehen, in einer Krise, deren Dauer, Tragweite, Opfer und Folgen für alle Völker unübersehbar sind. Die Geister, die sie rief, die bürgerliche Welt, sie führen ihren rasenden Höllentanz auf.

So gibt es am 2. Dezember keine Überraschung mehr, wie es sie am 4. August gab. Mit voller Überlegung, gereift durch das Erlebnis, belehrt durch die Erfahrung in jeder Hinsicht, so tritt die Volksvertretung nun an ihre Aufgabe heran, und so wird sie erst jetzt ihre volle Verantwortung übernehmen.

Im Leben der Völker wie im Leben der Parteien gibt es Schicksalsstunden, in denen sie auf die Probe gestellt werden. Freilich vollzieht sich der Gang der Geschichte nach eigenen, unverbrüchlichen Gesetzen. Aber die Menschen sind dieser Gesetze Träger. Sie machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst. Und Parteien wie Völker trugen die Folgen ihrer Entschlüssen und ihrer Taten in solchen Schicksalsstunden.

Amerikanischer Imperialismus und zionistischer Staat, Hände weg vom Iran!

Die Verbissenheit, mit der die USA die Welt beherrschen wollen, wurde umso brutaler, als sie wirtschaftlich geschwächt wurden und verschiedene militärische und politische Niederlagen erlitten haben. Daher die Feindseligkeit gegen multilaterale Verhandlungen und die WTO, die Vervielfachung von protektionistischen Maßnahmen, die Verächtlichmachung früherer Verträge, der verschärfte Militarismus ...

Wegen der Unfähigkeit, den Irak und Afghanistan militärisch zu besetzen, wegen des Einflusses von Russland und Iran, welche das Folterregime in Syriens gerettet haben, wegen der wachsenden Feindseligkeit des türkischen islamistischen Regimes, das eine Säule der NATO war, setzt die US-Regierung mehr als jemals zuvor auf das Militärregime in Ägypten, die absolute Monarchie in Saudi-Arabien und den Kolonialstaat Israel. Es geht nicht nur darum, die Regierungen zu stürzen, die den USA in Westasien zu trotzen wagen und ihren Konkurrenten, vor allem dem russischen und chinesischen Imperialismus, entgegenzutreten, sondern auch seinen offiziellen Verbündeten, den europäischen Staaten und Japan.

Im Gegenzug dürfen Prinz Ben Salman und die anderen Monarchen des Golfs ihre Gegner verhaften, foltern und ermorden. Nachdem sie Al-Qaida und Daesh (Islamischer Staat) finanziert haben, verbreiten sie immer noch die rückständigste und antisemitischste Version des Islam auf der ganzen Welt. Sie greifen mit Jordanien, Marokko, Ägypten und dem Sudan militärisch im Jemen ein. Andererseits gibt Washington Netanyahu grünes Licht für die Kolonisierung Jerusalems und der Westbank, die Erstickung Gazas mit der Komplizenschaft von Marschall Sissi, um dort regelmäßig die Infrastruktur zu zerstören, die Menschen in Gaza zu massakrieren und regelmäßig iranische Truppen in Syrien zu bombardieren.

Die imperialistischen Staaten, die selbst mit Atomwaffen ausgerüstet sind, haben keine Forderungen an Pakistan oder Israel gerichtet, die ebenfalls Nuklearwaffen erwarben. Aber sie wollten dem Iran verbieten, das gleiche zu tun. Im Wiener Abkommen (JCPoA / PAGC), das im Juli 2015 zwischen dem Iran und den meisten Weltmächten (Deutschland, China, USA, Frankreich, Großbritannien, Russland), stimmte Präsident Rohani zu, das Atomprogramm trotz der feindseligen Haltung des „Obersten Führers“ Khamenei aufzugeben. Das iranische Volk begrüßte dann mit Erleichterung die Aufhebung der Sank-

tionen und der iranische Staat hatte seine Verpflichtungen eingehalten.

Der Kandidat der Republikanischen Partei trat bei den US-Präsidentschaftswahlen 2016 gegen die vom vorherigen Präsidenten Obama (Demokratische Partei) angeführten Militäreinsätze in Übersee auf. Aber Trump sagte auch, dass die Wiener Vereinbarung „eine Katastrophe“ wäre, der „schlimmste Vertrag, der jemals abgeschlossen wurde.“

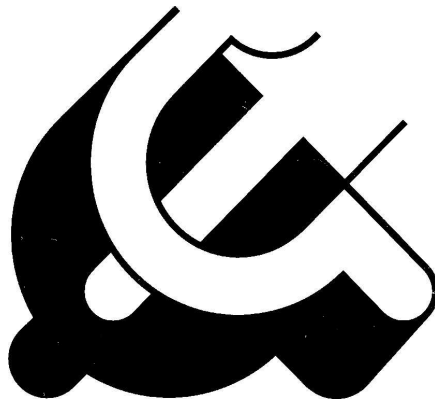
Nach die Vereinbarung mit Kuba im Jahr 2016 annulliert wurde und vor dem versuchten Putsch in Venezuela im Jahr 2019 widerriefen Präsident Trump, sein Berater John Bolton, Außenminister Mike Pompeo und Staatssekretär (Kriegsminister) Patrick Shanahan am 8. Mai 2018 das Abkommen mit dem Iran. Sie verhängten neue Wirtschaftssanktionen und bedrohten

alle Unternehmen, die mit dem Iran Handel treiben oder im Iran investieren wollten. Die EU protestierte, aber die europäischen Firmen beugten sich.

Am 8. April 2019 hat die US-Regierung die Pasdaran (Revolutionsgarden) als „Terroristen“ klassifiziert. Diese bilden die Hauptstreitmacht des Iran, haben in Syrien interveniert und kontrollieren einen Teil der iranischen Wirtschaft. Am 2. Mai verschärfte die US-Regierung die Sanktionen: Abschaffung der Ausnahmeregelungen für einige Länder (einschließlich Indien), die iranisches Öl importieren; Verbot der Ausfuhr von

Stahl, Aluminium, Kupfer ... Wie immer sind die Arbeiter_innen die die Hauptopfer der Handelsbeschränkungen, der wirtschaftlichen Strangulation, des Rückgangs der Produktion, der galoppierende Inflation.

Am 5. Mai kündigte das Weiße Haus die Entsendung eines Flugzeugträgers und vier nuklear bewaffneter Bomber in die Region an und behauptete ohne jeden Beweis es gäbe „eine Reihe von beunruhigenden Hinweise und Warnungen“. 1964 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten (Demokratische Partei) den Vietnamkrieg auf die gleiche Weise begonnen und mit „militärische Bedrohungen im Golf von Tonkin“ argumentiert. Heute steht fest, dass das eine Fälschung war, ebenso wie der Vorwand der „Massenvernichtungswaffen“ von Saddam Hussein, wobei Bolton 2003 einer der Erfinder dieser Lüge war. Der Militärberater Trumps ist ein langjähriger Anhänger des Krieges gegen den Iran. Es unterhält Beziehungen zu verbannten Monarchisten (um Reza Pahlavi) und den Volksmollahs, die zuerst mit dem irakischen Regime und dann mit dem US-Imperialismus verbandelt waren (OMPI Rajavis).



Die Vereinigten Staaten könnten eine gründliche Zerstörungsarbeit leisten, aber nur Israel kann das tun, was nötig ist. Ein solches Vorgehen sollte mit energischer amerikanischer Unterstützung der iranischen Opposition kombiniert werden, die auf einen Regimewechsel in Teheran abzielt. (John Bolton, Um die iranische Bombe zu stoppen, bombardiert den Iran, 26. März 2015)

Seitdem wurde das US-Arsenal im Mittelmeer unter dem Vorwand „ungewöhnlicher Marineaktivitäten“ durch iranische Schiffe verstärkt.

Bei einem Treffen der wichtigsten nationalen Sicherheitsberater von Präsident Trump am vergangenen Donnerstag präsentierte der amtierende Verteidigungsminister Patrick Shanahan den Vereinigten Staaten von Amerika einen aktualisierten Militärplan der vorsieht, bis zu 120.000 Soldaten in den Nahen Osten zu entsenden, wenn der Iran US-Streitkräfte angreifen oder seine Arbeit an Atomwaffen beschleunigen würde. (New York Times, 13. Mai 2019)

Am 13. Mai stürmte Pompeo uneingeladen in ein Treffen der Außenminister der Europäischen Union in Brüssel um vergeblich zu versuchen, ihnen die Unterstützung für ihre Aggressionspolitik gegen den Iran zu entlocken. Am selben Tag berichtete die spanische Presse über einen geheimen Brief aus Washington, in dem der Plan der EU zur Schaffung einer europäischen Armee angeprangert wurde. Einige Tage später schrieb der US-Präsident eine kriegserische Nachricht.

Wenn der Iran kämpfen will, ist das das offizielle Ende des Iran. Drohen Sie nie wieder den Vereinigten Staaten. (Donald

Trump, 19. Mai 2019)

Die fortgeschrittenen Arbeiter_innen der Welt sind Befürworter_innen des Sturzes des Ayatollah-Regimes, das aus der Zerschlagung der Revolution von 1978 bis 1979 hervorgegangen ist, einer Zerschlagung, die Tausende von Arbeiteraktivist_innen das Leben gekostet, den Kapitalismus bewahrt, Streiks unterdrückt und Frauen und nationale Minderheiten entrechtet hat. Aber diese Aufgabe kann nicht einer anderen räuberischen Bourgeoisie übertragen werden, weder Netanjahu noch Trump. Gegenwärtig schweißen ausländische Maßnahmen und Drohungen die Bevölkerung an das islamistische Regime und verstärken dadurch den repressivsten Flügel.

Die konservativen Rivalen von Herrn Rouhani, die lange Zeit seinen Versuchen, die Beziehungen zu Amerika wiederherzustellen, misstrauten, fühlen sich jetzt bestätigt. (The Economist, Mai 11. 2019)

Es liegt an der Arbeiter_innenklasse und den Unterdrückten im Iran, die islamistische Kapitalisten und Henker zu vertreiben. Die beste Hilfe ist es, wenn sich die US-Arbeiterinnenbewegung, die Arbeiter_innenbewegung Israels und aller Länder jeder militärischen Operation gegen den Iran entgegenstellen und die sofortige Aufhebung der US-Blockade fordern.

30. Mai 2019

*Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)
Internaciema Kolektivista Cirklo*

Hongkong

Schluss mit der polizeilichen Repression und der Drohung mit einer Militärintervention

Hongkong, zuerst britische Kolonie, dann „Sonderverwaltungszone“ des imperialistischen China

Der englische Staat besetzte Hongkong während des Ersten Opiumkriegs, zwischen 1839 und 1842. Mit dem Vertrag von Nanjing übertrug China die Stadt offiziell an das Vereinigte Königreich.

Auf der Halbinsel Hongkong leben 7,4 Millionen Menschen. Als ehemalige englische Kolonie wurde sie schon vor der Rückübergabe 1997 eine Industrie-, Handels- und Börsen-Megacity. Der chinesische Staat integrierte die Enklave Hongkong 1997 erfolgreich, weil er nach der Niederschlagung

der Jugendrevolte 1989 und der Entscheidung der chinesischen Regierung von 1992, den Kapitalismus wiederherzustellen (unter Beibehaltung einer Einheitspartei, um einen Zusammenbruch wie jenen der UdSSR zu verhindern) selbst kapitalistisch geworden war. Sie spielte eine bedeutende Rolle bei der Restaurierung des Kapitalismus durch die stalinistische Bürokratie. Einerseits beeinflusste ihre Existenz diese Entscheidung, andererseits diente sie wie Singapur, das eigenständig blieb, als Plattform für ausländische Investitionen auf dem Kontinent (oft von chinesischen Kapitalisten aus Hongkong, Taiwan und anderen Diasporakapitalisten), zunächst in den „Sonderwirtschaftszonen“ und dann am „Arbeitsmarkt“ der gesamten VR China.

Trotz der Revolution von 1949 und der Enteignung von Kapital und großem Landbesitz nach dem Koreakrieg haben die Arbeiter_innen China nie regiert. Das Land blieb in den Händen der stalinistischen Bürokratie.

Die massive Produktion von Waren und die Umwandlung von Arbeitskräften in Ware sind die Merkmale des Kapitalismus. Die chinesische Produktion konzentriert sich nun auf den Tauschwert. Die Produzenten verkaufen jetzt ihre Arbeitskräfte und fürchten die Arbeitslosigkeit. Nationale Unterdrückung und die Existenz von „Monopolen“ sind die Merkmale eines imperialistischen Staates. Das heutige China beherbergt drei große Börsen (Hongkong, Shenzhen und Shanghai) und viele internationale kapitalistische Unternehmen, die stark im Ausland investiert haben. Die VR China hält ganze Völker gewaltsam innerhalb ihrer Grenzen gefangen: Tibeter, Uiguren. Die Armee entwickelt ihre Kapazitäten zu militärischen Interventionen und verfügt über eine Militärbasis in Afrika. Die VR China ist daher durch und durch kapitalistisch und imperialistisch.

Politisch hebt sich Hongkong deutlich vom Rest Chinas ab, weil die Bevölkerung einige demokratische Rechte genießt, welche das Erbe von Konzessionen sind, die Großbritannien spät in der Geschichte abgerungen wurden, während Xi Jinping eine bleierne Decke über den Kontinent gebreitet hat. Die Bevölkerung umfasst zahlreiche Flüchtlinge vom Kontinent, darunter ehemalige „Rote Garden“ der „Kulturrevolution“, die von Mao Zedong ins Leben gerufen und dann gewaltsam unterdrückt wurden, und Demonstranten von 1989, die von der maoistischen Bürokratie verfolgt wurden. Derzeit verfügt China in Hongkong im Rahmen der Abkommen von 1997 über fast 6.000 Soldaten, die dort stationiert sind.

Die Revolte der Regenschirme 2014

Im Jahr 2014 wurde Hongkong 74 Tage lang von einer mächtigen sozialen Bewegung erschüttert. Demonstrierende Schüler_innen und Studierende, die meist mit Regenschirmen ausgestattet waren, um sich vor Tränengas zu schützen - daher der Name der „Regenschirmbewegung“ - erhoben sich dann gegen die Absicht der Zentralregierung in Peking, sich noch mehr in die Ernennung des Chief Executive (Regierungschefs) Hongkongs einzumischen, der derzeit von einem undemokratischen Wahlkollegium indirekt gewählt wird.

Die Besetzung ganzer Stadtteile jedes Wochenende war massiv und beliebt und zeigte, dass viele Arbeiter bereit waren, die junge Leute zu schützen und sich dafür zu mobilisieren. Die Konvergenz von studierender Jugend und des Proletariats von Hongkong hätte freie Wahlen, einen Sieg über den Gouverneur und die Zentralregierung bewirken und den Weg für eine sozialistische Revolution in ganz China ebnen können.

Aber der Sprecher des Hongkonger Studentenverbandes, Alex Chow, weigerte sich, die Gewerkschaften zu einem Generalstreik aufzurufen und wandte sich stattdessen an den

Gouverneur. Der zweitgrößte Gewerkschaftsbund (Hongkonger Gewerkschaftsbund) war gezwungen, sich solidarisch zu zeigen, was sich auf einen 24-Stunden-Streik-Aktionstag beschränkte - das Sicherheitsventil aller Gewerkschaftsbürokratien der Welt. Unterdessen unterstützte die Bürokratie der wichtigsten Gewerkschaftsorganisation (Hong Kong Federation of Trade Unions), die mit der Pekinger Regierung verbunden war, die Unterdrückung der lokalen Polizei gegen Studenten und Gymnasiasten.

Der Plan der Regierung wird schließlich fallengelassen, so dass die Situation aus Sicht der politischen Reformen unverändert bleibt. Im März 2017 wurde Carrie Lam, eine leitende Beamtin, vom Wahlkollegium mit Zustimmung Beijings zum Chief Executive Officer der Sonderverwaltungsregion gewählt und erhielt 777 von 1.194 Stimmen Wahlmännerstimmen.

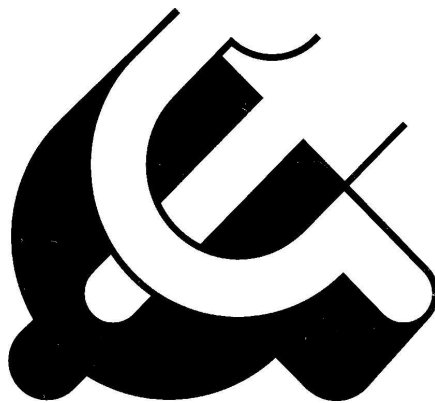
Die Massen widersetzen sich den Behörden Hongkongs und der KPCh

Die chinesischen Geheimdienste verzichten nicht auf die Entführung und Isolationshaft von Aktivisten, Buchhändlern, Anwälten und sogar von Konzernchefs, die in Xis Visier geraten sind. Aber das reicht dem despotischen Regime nicht.

Anfang Februar 2019 will die Regierung gerichtliche Auslieferungen zulassen. Die meisten Hongkonger sehen es als eine Chance für Peking, ehemalige oder neue Gegner auf dem Kontinent vor Gericht zu stellen. Am 31. März fand in Hongkong eine erste Demonstration mit 10.000 Menschen statt, am 28. April waren es 100.000. Jedes Mal hält Carrie Lam an dem geänderten Gesetz fest und bekräftigt seine Beschlussfassung vor dem Sommer.

Am Sonntag, den 9. Juni, zieht eine Demonstration von einer Million Menschen durch Hongkong und

marschierte zum Legislativrat. Die Demonstranten fordern die Aufhebung des Gesetzes über die Auslieferung an China, das am 12. Juni in zweiter Lesung verabschiedet werden soll. Am Abend des 9. Juni begannen die Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizisten. Am 12. Juni fand am Morgen vor dem Legislativrat eine neue Massenkundgebung statt, die Polizei benutzte Gummigeschosse und verwundete mehrere Demonstranten, von denen einige versuchten, ins Parlament zu kommen. Ermutigt durch diesen ersten Erfolg und bestürzt vom Unfalltod eines Demonstranten, der von einem Gerüst fiel, waren es am 16. Juni zwei Millionen. Trotz der Aussetzung des Projekts am 15. Juni haben die Demonstranten die Waffen nicht gestreckt. Am 1. Juli, einem Feier- und Gedenktag an die Übergabe an China, gibt es wieder eine große Demonstration mit mehr als 500.000 Teilnehmer_innen. Ein entschlossener Flügel der Demonstrant_innen steuerte auf den Legislativrat zu, drang ins Parlament ein und plünderte es, wobei Symbole der Volksrepublik zerstört und auf provokative Weise eine Flagge aus der britischen Kolonialzeit entrollt wurde.



Carrie Lam versuchte die Lage zu beruhigen und kündigte die Aussetzung der Vorlage an. Nach diesen Ereignissen gehen die Demonstrationen weiter und prägen den Alltag Hongkongs durch abendliche Kundgebungen und Demonstrationen an den Wochenenden.

Die Demonstranten fordern nun neben der Rücknahme des Gesetzesentwurfs und dem Rücktritt der Regierungschefin eine unabhängige Untersuchung der Polizeigewalt, die Einstellung der Strafverfolgung von Personen, die wegen Unruhen angeklagt wurden (Strafandrohung von 10 Jahren Gefängnis) und von verhafteten Demonstranten, allgemeine Wahlen. Der Slogan „Befreit Hong Kong, die Zeit der Revolution ist angebrochen“ wird bei jeder Versammlung skandiert.

Aber jenseits dieser legitimen Forderungen fehlt es an einer breiteren politischen Perspektive, die die Bewegung mit dem früheren und gegenwärtigen Kampf der Arbeiter_innen und Jugendlichen in ganz China verbinden würde. Tatsächlich stehen die demokratischen Freiheiten der Bevölkerung in direktem Gegensatz zum Einparteienregime der chinesischen imperialistischen Bourgeoisie.

Die Pekinger Regierung droht, Carrie Lam unterdrückt

Am 21. Juli griffen Mafiamitglieder, die den Triaden (die bereits vor der chinesischen Revolution Helfershelfer der chinesische Bourgeoisie und der Guomindang waren) angehören brutal Demonstrant_innen an, die mit der U-Bahn nach Hause zurückkehren wollten, ohne dass die Polizei intervenierte. Das facht den Proteststurm und das Misstrauen gegenüber der Lokal- und Zentralregierung an. Eine Polizeistation wurde kurze Zeit belagert, Bambusbarrikaden im Stadtzentrum errichtet, Ziegel und Molotow-Cocktails gegen die Polizei geschleudert. Außerdem wurden chinesische Flaggen in den Hafen geworfen. Die chinesische Regierung stellt die Demonstranten als „eine Handvoll vom Westen manipulierter Randalierer“ dar und spielt auf der Klaviatur des Nationalismus und der direkten Drohung: Das von Beijing kontrollierte Fernsehen zeigt Bilder von 12.000 Polizisten, die mit Hubschraubern ausgestattet waren, und die in der Provinz Guangdong vor den Toren Hongkongs ausgebildet wurden, sowie Bilder von Soldaten auf dem Weg nach Hongkong. Die Bewohner Hongkongs ignorierten diese Drohungen und demonstrierten Anfang August unter der Parole „Freies Hongkong“. Es ist spürbar, dass die Arbeiter den Kampf um den Sturz der herrschenden Macht führen können:

Die Überraschung kam aus Wong Tai Sin, einem Arbeiterviertel weiter im Norden, wo die Demonstranten am Samstagabend, dem 3. August, auch mit der Polizei aneinander gerieten. Kurz nach Mitternacht, als die Polizei versuchte, Verhaftungen vorzunehmen, kamen mehr als 100 Anwohner, um die Demonstranten zu unterstützen und zwangen die Polizei zum Rückzug. (Le Monde, 3. August)

Am 4. August versprach Lam, dass „die Regierung bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung standhaft sein wird“.

Der Generalstreik vom 5. August

Am 5. August riefen die Führer der Bewegung zu einem

Generalstreik auf. Ein Gewerkschaftsverband unternimmt alles, um zu verhindern, dass die Arbeiter_innen zu den Jugendlichen stoßen; der andere Gewerkschaftsverband beschränkt sich auf einen 24-stündigen Aktionstag.

Die Hong Kong Confederation of Trade Unions, eine prodemokratische Gewerkschaftsgruppe mit 160.000 Mitgliedern, forderte die Arbeiter zum Streik am Montag auf, während die Hong Kong Federation of Trade Unions, eine pro Peking-Gruppe, die Arbeiter, insbesondere die im Transportwesen Beschäftigten, aufforderte, wie gewohnt zu arbeiten, um eine Lähmung der Stadt zu verhindern. (New York Times, 5. August)

Die Arbeitsniederlegung trifft vor allem den Verkehr, den öffentlichen Dienst, die Flughäfen und Banken. Dies ist in der Tat das erste Mal, dass Hongkong einen so mächtigen Generalstreik der Arbeiter_innen erlebt. Die Schläger der Triaden versuchten, Demonstrationszüge anzugreifen, aber diesmal drängten die mit Stöcken bewaffneten Demonstranten sie mit Gewalt zurück. Die Polizei hat verstärkt Gummigeschosse und Gas eingesetzt und dabei mehr als 100 Personen festgenommen, d.h. mehr als 420 Demonstranten in den letzten zwei Monaten.

In Beijing erklärt der Vertreter des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macao:

China wird nicht nachgiebig gegenüber jenen sein, die gegen das Gesetz verstoßen. Unterschätzen Sie niemals die starke Entschlossenheit und die immense Macht der Zentralregierung. (...) Wer mit Feuer spielt, wird sich tödlich verbrennen. (Yang Guang, 6. August)

Gleichzeitig bremsen die liberalen bürgerlichen Parteien und der christliche Klerus der Halbinsel die Bewegung und versuchten, sie auf reinen Druck auf Lam zu beschränken.

Im emblematischen Outfit des Protestes, einem schwarzen T-Shirt und einem gelben Bauarbeiterhelm, präsentierten zwei junge Männer und eine junge Frau mit Masken diese erste formelle Presseerklärung. „Wir fordern die Regierung auf, die Macht dem Volk zurückzugeben und auf die Forderungen der Bürger Hongkongs zu reagieren“, sagten sie und versicherten, dass niemand von ihnen im Namen einer politischen Bewegung oder Partei sprach. (AFP, 6. August)

Die Arbeiter_innen müssen sich an die Spitze der Bewegung stellen!

Die Arbeiter_innen sind stärker präsent als 2014. Um aus diesem Kampf siegreich hervorzugehen, muss sich die Arbeiter_innenklasse an die Spitze der Bewegung stellen und sich mit dem Proletariat des gesamten Kontinents zusammenschließen. Die Bewegung muss die demokratischen Losungen und sozialen Forderungen erweitern und auf ganz China ausdehnen, um nicht in die Falle eines nostalgischen Separatismus der kolonialen Unterdrückung zu gehen.

Das ist es, was die Regierung von Xi Jinping am meisten befürchtet, welche auf die Spaltung zwischen dem Volk von Hongkong und dem Rest Chinas sowie die Angst vor ausländischer Manipulation zu einem Zeitpunkt setzt, da die Vereinigten Staaten einen Handelskrieg gegen den rivalisierenden Imperialismus führen. Währenddessen fordert Trump die Demonstranten auf, friedlich zu bleiben.

Erklärung des CoReP (Kollektiv Permanente Revolution)

Um eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die in der Lage ist, den Kampf zu führen, müssen sich die klassenkämpferischen und marxistischen Kerne zusammenschließen, die Frage der Macht in ganz China aufwerfen und ihre Hände den Arbeiter_innen Japans, Koreas usw. reichen.

- Generalstreik bis zur Aufhebung des Auslieferungsgesetzes!
- Freilassung aller politischen Gefangenen! Keine Verfolgung der Demonstranten!
- Ordner- und Selbstverteidigungsdienste bei Demonstrationen und Streiks!
- Aktions- und Streikkomitees in Stadtteilen und Betrieben! Wahl von Delegierten und Zentralisierung dieser Ausschüsse zu einem Zentralkomitee des Kampfes!
- Ausweitung der demokratischen Rechte auf ganz China! Recht auf die Gründung von Gewerkschaften und Arbeiter_innenparteien! Streik- und Demonstra-

tionsrecht! Für das Recht der nationalen Minderheiten auf Selbstbestimmung!

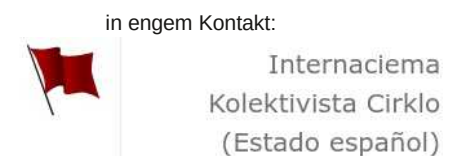
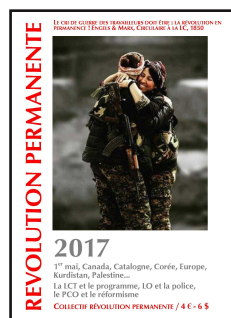
- Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung, Enteignung der kapitalistischen Konzerne! Menschenwürdiger Wohnraum für alle!
- Nieder mit der Regierung Xi Jinpings und seiner Marionette Lam! Auflösung des „Wahlkollegiums“ und Beseitigung der Funktion des „Chief Executive Officer“! Jederzeitige Abwählbarkeit der Abgeordneten und Bezahlung der Abgeordneten auf dem Niveau des durchschnittlichen Arbeiter_innenlohns!
- Arbeiter- und Bauernregierung von Hongkong bis Beijing! Vereinigte sozialistische Staaten von Asien!

*Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)
(Deutschland, Frankreich, Kanada, Österreich, Türkei)
7. August 2019*

Das CoReP im Internet

Auf der internationalen Website des CoReP findest Du unsere wichtigsten Grundlagentexte und aktuelle Erklärungen in zahlreichen Sprachen:

www.revolutionpermanente.com



Die Publikationen der Sektionen des CoReP kannst Du bei uns bestellen:

gruppe.klassenkampf@gmail.com

Fortsetzung von Seite 20

schaftswachstum, hat die Rechte der Ureinwohner abgebaut und das Budget für Klimaschutzmaßnahmen um 95 % gesenkt. Im Juli 2019 sind Goldgräber in ein Schutzgebiet der Awá eingedrungen und haben einen ihrer Anführer ermordet. Die Ermittlungen der Justiz zu diesem Mordfall verlaufen schleppend. Die Awá sind seit Jahrzehnten Opfer von Viehzüchtern, Goldgräbern und eben auch Holzhändlern. Mittlerweile ist es das kapitalistisch organisierte Agro-Business, das die Bevölkerung vertreibt und immer wieder Führer der Indigenenbewegung ermorden lässt. Ganze Völker, wie die Akuntsu, sind zum Aussterben verurteilt. Nur eine sozialistische, revolutionäre Umwälzung in Brasilien kann das Überleben der indigenen Bevölkerung sichern. Im Gegensatz zu den von Profitgier getriebenen Kapitalisten und ihren illegalen paramilitärischen und legal bewaffneten Kräften (Polizei, Armee) anerkennt die Arbeiter_innenmacht das Selbstbestimmungsrecht von unterdrückten Nationalitäten und Völkern und sichert so ihre Existenz.

Bolsonaro bekräftigt als Reaktion auf die Verbrechen gegen die indigenen Völker im Amazonasgebiet, dass er den Schutz der Reservate reduzieren wolle. Im Bereich Umweltschutz hat Bolsonaro bereits Taten folgen lassen. Das Umweltministerium wurde in das Agrarministerium eingegliedert und der Chef des Instituts für Weltraumforschung Brasiliens nach seiner Enthüllung über das Ausmaß der Regenwaldzerstörung entlassen. Der Vorstand von ICMBio, einem Institut, das die Naturschutzabteilungen des Landes beaufsichtigt, wurde entlassen und durch einen Oberst der Militärpolizei von São Paulo ersetzt. So werden die kritischen Stimmen mundtot gemacht.

Während Klimaschützer_innen weltweit Wiederaufforstungen propagieren und die Viehzucht im jüngsten Sonderbericht des Weltklimarats der UNO als wesentlicher Faktor für die Erderwärmung benannt wird, passiert in Brasilien die Zerstörung der wichtigsten grünen Lunge der Erde in immer schnellerem Tempo. Kritik an seiner Umweltpolitik von seiten der deutschen und französischen Regierungen weist Bolsonaro schroff zurück und behauptet, dass die

se Länder ihre Ökosysteme längst zerstört hätten. Unter dem Vorwand eines „Selbstbestimmungsrechts des brasilianischen Volkes“ wird in Wirklichkeit ein reaktionärer Nationalismus propagiert, der einmal mehr zeigt, wohin die nationale Engstirnigkeit führt.

Was wiederum nicht bedeutet, dass es die internationale Arbeiter_innenbewegung hinnehmen darf, wenn im Vorfeld des G7-Gipfels (24.-26. August) der französische Staatspräsident Macron mit dem typischen Gestus des Kolonialherren mit den anderen imperialistischen Führern über das Schicksal der kolonialen und halbkolonialen Länder diskutiert und Entscheidungen über die Köpfe der dortigen Bevölkerungen hinweg treffen will.

Tatsächlich war Macrons emotionale Rede über „unser brennendes Haus“ in erster Linie Theaterdonner für die Medien, um dahinter eine wesentlich zentralere Botschaft zu vermitteln: Die Mercosurstaaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay wären unterentwickelte Länder, die nicht imstande seien, die Umweltsituation in den Griff zu bekommen. Macron „vergaß“ bei seiner Aufzählung der inkompetenten Anrainerstaaten - Frankreich. Denn mit der Überseebesitzung Französisch-Guyana ist der französische Imperialismus sehr wohl mitverantwortlich für die verbrecherische Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in der Region.

Tatsächlich ist es seit vielen Jahrzehnten ein Traum verschiedenster imperialistischer Mächte - allen voran die USA und Frankreich -, das Amazonasgebiet „zu internationalisieren“. Diese „Internationalisierung“ wird meist mit dem Argument der „grünen Lunge“ Lateinamerikas für den Planeten begründet.

Hinter den schönen Worten stecken aber massive wirtschaftliche Interessen der Konzerne der besonders „internationalistischen“ Imperialisten. Dabei geht es nicht nur um die Abholzung des Regenwaldes zwecks Vermarktung der Tropenhölzer oder die (teilweise illegale, aber stets geduldete) Goldschürfarei.

Wenn heute von 44.000 Soldaten der brasilianischen Armee die Rede ist, die die Waldbrände bekämpfen sollen, ist das nur ein kleines Bruchstückchen der Wahrheit. Im Kabinett Bolsonaros sind Militärs überrepräsentiert, und sie haben ein Projekt aufgegriffen, das bereits wäh-

rend der Zeit der Militärdiktatur 1964 bis 1983 in den Grundlinien entwickelt wurde: Die Errichtung einer Autobahn durch den Regenwald und die Errichtung eines großen Wasserkraftwerks mitten im Dschungel. Damit soll die Voraussetzung für eine noch effektivere Nutzung der Ländereien, ganz im Sinne der Latifundienbesitzer, geschaffen werden. Der massive Militäreinsatz in Amazonien wird daher von breiten Schichten der Indigenen, Quilombolas und Arbeiteraktivist_innen als Manöver der Bolsonaroregierung abgelehnt.

Völlig heuchlerisch ist der Druck, den imperialistische Staaten wie Norwegen und Deutschland auf die Bolsonaro-Regierung ausüben. Vor allem Norwegen brüstet sich mit seinen Zahlungen in den sogenannten „Amazonas-Fonds“, der angeblich dem Schutz des Regenwaldes dient. Norwegen habe seit 2008 insgesamt 1,2 Milliarden US-Dollar in den Fonds investiert und droht nun, die Zahlungen einzustellen, wenn die Regierung Bolsonaro nicht in ihrem Sinne aktiv werde.

Während der Fonds seit Jahren umfassende PR macht, schweigt er dazu, wie das ausländische Kapital die meisten Bodenschätze mit verheerenden Folgen für die Umwelt und die Bevölkerung ausbeutet. Ausgerechnet das norwegische Unternehmen Hydro Alunorte in Barcarena leitete seit Jahren hochgiftige Bauxitabfälle in Flüsse und Bäche der Region. Im Februar 2018 veröffentlichte das Evandro Chagas Institute (IEC), das Umweltverstöße untersucht, einen Bericht, der die Kontamination in verschiedenen Gebieten von Barcarena durch die Machenschaften von Hydro Alunorte bestätigte.

Aber die Regierungen Norwegens, Deutschlands und der G7-Staaten haben noch viel weitreichendere Pläne für die Ausbeutung Amazoniens. Seit Jahren forschen in den entwickelten kapitalistischen Ländern Wissenschaftler über Möglichkeiten zur Aneignung genetischer Ressourcen aus den Tropenwäldern. Gebiete mit großer biologischer Vielfalt (tierischer und pflanzlicher) sind hervorragende Felder zur Gewinnung von Keimplasma, also genetischem Material, das vor allem in der pharmazeutischen und kosmetischen Industrie verwendet werden kann. Aus diesem Grund

finanzieren die bürgerlichen Regierungen den Amazonas-Fonds. Aus dem gleichen Grund wurden die meisten Umweltschutzmaßnahmen

Brasilien in den letzten Jahren durch das Pilotprogramm zum Schutz der Tropenwälder (PPG-7) unterstützt. Der "Umweltschutz" der Imperialisten reicht gerade soweit wie ihre Profitinteressen.

Unabhängig von unserer Kritik an der Regierungspolitik der brasilianischen Arbeiterpartei (PT) verteidigen wir jene Maßnahmen, die unter dem Druck der landlosen Bauern, der städtischen und ländlichen Werktätigen und der Jugend mehr oder minder halbherzig von ihr durchgeführt wurden. Als bürgerliche Arbeiterpartei lavierte die PT, um einerseits den brasilianischen Kapitalismus zu stabilisieren und zu modernisieren, andererseits musste sie dadurch auch immer wieder Zugeständnissen an ihre Basis machen, die heute vom Faschisten Jair Bolsonaro angegriffen werden. Dazu gehörte auch der Schutz des Lebensbereichs der Indigenen. Die PT hat keinen antikapitalistischen Kampf geführt, aber trotz aller Halbheiten hat sie gezeigt, dass es letzten Endes die Arbeiter_innen, die Gewerkschaften und die Massenorganisationen der werktätigen Bevölkerung

sind, die die Rechte der unterdrückten Minderheiten verteidigen.

Die Zerstörung des Regenwalds in Brasilien hat Klassencharakter. Sie dient einzig der Profitgier der Agrokonzerne und Großgrundbesitzer. Mittelbar profitieren auch andere kapitalistische Schichten dabei. Ein möglicher Völkermord an der indigenen Bevölkerung, die Vernichtung des Lebensraums zahlreicher Tierarten sowie die negative Beeinflussung des Weltklimas nimmt diese parasitäre Klasse bedenkenlos in Kauf. Der Kapitalismus in Brasilien und weltweit ist längst in eine unumkehrbar destruktive Entwicklungsstufe eingetreten.

Forderungen wie die oben erwähnten „Wiederaufforstungen“ greifen zu kurz, solange die Großgrundbesitzer nicht enteignet und der gesamte Bodenbesitz unter die Kontrolle der Kleinbauern, landlosen Bauern und Landarbeiter gestellt wird.

• **Der Boden denen, die ihn bebauen!**

• **Dazu bedarf es der Selbstverteidigung der indigenen Bevölkerung, deren Lebensraum und bloße Existenz gefährdet ist: Für den Aufbau von indigenen Bauern- und Landarbeitermilizen sowie Milizen der Quilombolas**

gegen die Todesschwadronen, Militärs und Glücksritter.

• **Aufbau von Arbeiter_innen und Bauernmilizen im ganzen Land, um Schluss mit den Übergriffen der legalen und extralegalen Repressionskräften zu machen und dadurch den Druck von den Indigenen und Quilombolas zu nehmen.**

• **Bildung von Soldatenkomitees in der Armee durch die Wehrdienstpflichtigen! Vorbereitung zum Widerstand in den Streitkräften gegen Versuche, die Latifundistas zu unterstützen, Verteilung der Waffen an die Milizen der Werktätigen und Indigenen.**

Der Kampf gegen die ökologische Barbarei, die nur eine Begleiterscheinung der allgemeinen Barbarei des niedergehenden Kapitalismus ist, kann nur dann gewonnen werden, wenn weltweit das auf privater Aneignung der Arbeitsprodukte beruhende kapitalistische System durch eine sozialistische, d.h. durch die Arbeiter_innen und anderen Werktätigen selbstverwaltete, Gesellschaft ersetzt wird, in der eine demokratisch geplante Wirtschaft die ersten notwendigen Sofortmaßnahmen gegen die Umweltzerstörung setzen kann.

Solidaritätsbrief der organisierten Amazon-Beschäftigten aus Deutschland an die Kolleg_innen in Polen

An alle Amazon-Kolleginnen und Kollegen in Polen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir übermitteln Euch hiermit herzliche und solidarische Grüße von über 3.000 organisierten Amazon-Beschäftigten in Deutschland. Wir kämpfen seit mehr als sechs Jahren für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne bei Amazon und haben dabei viel erreicht. Seit etwa vier Jahren pflegen wir enge Kontakte zu Kolleginnen und Kollegen in Poznan und wissen sehr gut über Eure Situation Bescheid.

Wir haben festgestellt, dass wir viele gemeinsame Probleme haben, aber auch, dass die Arbeitsbedingungen bei Amazon in Polen in einigen Bereichen schlechter sind als bei uns!

Es ist für uns nicht nachvollziehbar warum in Polen z. B.

• *Kolleginnen und Kollegen für dieselbe Arbeit deutlich weniger Lohn bekommen,*

• *Keine Amazon-Aktien an die Beschäftigten ausgegeben werden,*

• *Leiharbeit, Befristungen, Feedbacks und Kündigungen als Druckmittel eingesetzt werden, um noch mehr aus Arbeitern herauszuquetschen!*

Sind polnische Kolleginnen und Kollegen weniger wert?

WIR SAGEN NEIN!

In unserem bisherigen Kampf haben wir gelernt, dass die Amazon Geschäftsleitung nur dann in unserem Sinne reagiert, wenn wir uns zusammenschließen und Druck ausüben. Deshalb befinden wir uns seit 6 Jahren im Arbeitskampf.

Wir haben auch gelernt, dass unsere Schicksale als Arbeiterinnen und Arbeiter länderübergreifend zusammenhängen, da Amazon überall dieselben Methoden anwendet und versucht, uns gegeneinander auszuspielen. Aber wir spielen dieses Spiel nicht mit!

Denn wir haben auch gelernt, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen können, dass wir aufstehen können und dass wir kämpfen können! Wenn die polnischen und deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter bei Amazon sich zusammenschließen, wird Amazon in Europa keine andere Möglichkeit haben, als mit uns über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verhandeln!

Daher rufen wir Euch dazu auf, Euch an der Abstimmung zum Streik zu beteiligen und für einen Streik zu stimmen, dann können wir unsere Kämpfe zusammenführen!

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!!!

STRAJK? TAK!

16.7.2019

Komm zum ROTEN TISCH!

Jeden zweiten Dienstag im Monat organisieren wir in der Westbahnstraße 35 im 7. Wiener Gemeindebezirk im kurdischen Lokal ZYPRESSE unseren ROTEN TISCH.

Der ROTE TISCH ist ein offenes Diskussionsforum, in dem wir mit Interessierten über die aktuelle Lage, die Artikel in unserer Zeitung oder über theoretische Fragen sprechen. Die Themen findest Du auf unserer Homepage: www.klassenkampf.net

Die nächsten Treffen:

Dienstag, 2. September, 19.00 Uhr
 Dienstag, 16. September, 19.00 Uhr
 Dienstag, 30. September, 19.00 Uhr
 Dienstag, 14. Oktober, 19.00 Uhr

Erreichbar mit U6, Straßenbahnlinien 5 und 49

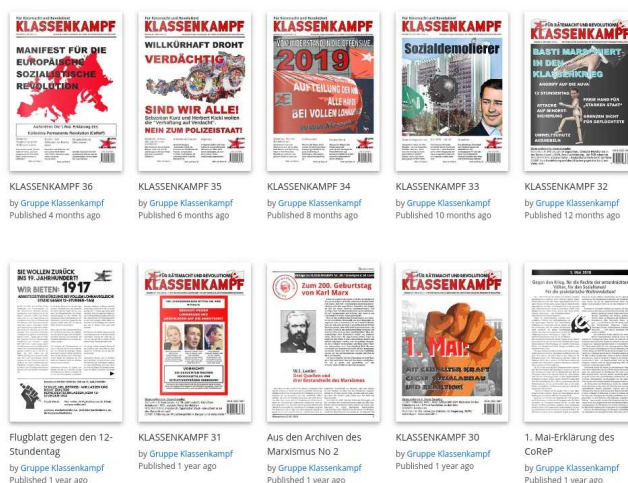
Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet

Auf unserer Homepage findest Du laufend unsere aktuellen Analysen zu internationalen und österreichischen Themen, Veranstaltungs- und Demonstrationstermine, Texte zur marxistischen Theorie und die Erklärungen unserer internationalen Tendenz, dem Kollektiv Permanente Revolution, CoReP:

www.klassenkampf.net

Ein vollständiges Archiv unserer Zeitschrift KLASSENKAMPF, viele unserer Flugblätter und Schulungsunterlagen findest du als e-papers auf:

<https://issuu.com/gruppeklassenkampf>



IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzkistische Gruppe Österreichs/TGÖ). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.

Amazonien

BRANDZEICHEN DER AUSBEUTUNG

23. August 2019, Rio de Janeiro: Massenprotest gegen die Verbrechen der Großgrundbesitzer und die Komplizenschaft der Regierung.



Vom brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, einem ausgewachsenen Faschisten, ist man mittlerweile einiges an Angriffen auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften der brasilianischen Bevölkerung gewöhnt. Der Kandidat der Reichen, der Großgrundbesitzer und Konzerne erklärte auch den Ausstieg Brasiliens aus dem (ohnehin unzureichenden) Pariser Klimaabkommen.

Das zeigt bereits Konsequenzen: Wie Ricardo Galvao, Präsident des brasilianischen Instituts für Weltraumforschung anhand von Satellitenaufnahmen nachweisen konnte, haben die Rodungen des brasilianischen Regenwalds im Juni 2019 um 88 % und im Juli 2019 gar um 212 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zugenommen. Brasilien ist der größte Rindfleischexporteur der Welt und will seine Vormachtstellung mit der Schaffung neuer Weideflächen weiter ausbauen. Die

abgeholzten Flächen werden zu großen Teilen dafür verwendet, Futterpflanzen anzubauen, die dann ökologisch schädlich in alle Welt, auch nach Österreich transportiert werden, um die (Schweine-)Fleischproduktion „billig“ zu stützen. Das Mercosur-Abkommen zwischen EU und Latein-Amerika soll den Profit der Kapitalisten auf Kosten der Lebensgrundlage der gesamten Menschheit, insbesondere aber der ärmsten Teile der Weltbevölkerung, weiter erhöhen und

wird daher von uns komplett abgelehnt. Die Rodung von immer mehr Regenwaldflächen soll außerdem die Ausbeutung der Rohstoffe beschleunigen. Bereits jetzt ist Brasilien der drittgrößte Eisenherzproduzent der Welt und zählt zu den 10 größten Bergbaunationen der Welt.

Die Rodungen bedrohen erstmals auch die Existenz der bisher formal unter Schutz stehenden indigenen Völker Brasiliens (Großgrundbesitzer und Agrokonzerne haben in der Praxis immer wieder Todesschwadronen gegen die Indigenen losgeschickt). Bolsonaro bezeichnet die Existenz ihrer Schutzgebiete als Hindernis für das brasilianische Wirt-

Fortsetzung auf Seite 17